



HAL
open science

Frankreich

Boris Bernabé, Xavier Godin

► **To cite this version:**

Boris Bernabé, Xavier Godin. Frankreich. Konfliktlösung in der Frühen Neuzeit, 3, Springer, pp.569-605, 2021, Handbuch zur Geschichte der Konfliktlösung in Europa, 978-3-662-56101-0. 10.1007/978-3-662-56102-7_44 . hal-03546783

HAL Id: hal-03546783

<https://hal.science/hal-03546783>

Submitted on 31 Jan 2023

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Kapitel 44

Frankreich



Boris Bernabé und Xavier Godin

1 Überblick

Der Forschungsstand im Bereich der Rechtsgeschichte in Frankreich ist abhängig von Bildungs- sowie Forschungsstrukturen. Durch ihren juristischen Inhalt und die von ihr für die Juristenwelt dargebotenen Perspektiven stellt die Rechtsgeschichte einen äußerst ertragreichen Forschungsgegenstand für die juristischen Fakultäten dar. Aufgrund des breiten Spektrums an Quellen wird ihr auch besondere Aufmerksamkeit von den Historikern der geisteswissenschaftlichen Fakultäten geschenkt. Diese beiden Herangehensweisen stellen eine unermessliche Bereicherung für die Historiografie dar. Obwohl diese beiden Ansätze lange Zeit gegenläufig waren (und es auch heute noch, zumindest manchmal, zu Missverständnissen kommt), sind die Antworten der Rechtshistoriker und Historiker von gegenseitigem Nutzen, was zu einer Verbesserung des Forschungsstandes führte.

Lange Zeit haben die Juristen, die Meister der „etatistischen“ Vision der Rechtsprechung, „außerstaatlichen“ Verfahren der Rechtsprechung keine Beachtung geschenkt. Es entwickelte sich eine Idee innerhalb der juristischen Fakultäten, laut welcher die Rechtsprechung im wahrsten Sinne des Wortes ausschließlich von den an die Staatsmacht gebundenen Institutionen gesichert werden konnte; dies bedeutete, dass die Qualität der Rechtsprechung mit fortschreitender Macht des Staates stieg. Diese Annahme entsprang der positivistischen Denkweise des 19. Jahrhunderts und es dauerte ein ganzes Jahrhundert, um sich von ihr zu befreien. Geisteswissenschaftliche Historiker schienen ihrerseits in den Rechts- und Gerichtsquellen, die sie konsultierten, nicht dieselbe Rechtsprechung zu finden, wie sie die Rechtshistoriker in ihren eigenen Quellen fanden. Sie erkannten eine weniger formelle Justiz in ihnen, die sich überwiegend dem Einfluss des Staates

Übersetzung aus dem Französischen

B. Bernabé
Université Paris-Saclay, Faculté Jean-Monnet, Sceaux, Frankreich
E-Mail: boris.bernabe@universite-paris-saclay.fr

X. Godin (✉)
Université de Nantes, Département d'histoire du droit, Nantes, Frankreich
E-Mail: xavier.godin@univ.nantes.fr

entzog. Aus diesem Grund schlugen sie eine eigene Herangehensweise vor, in deren Rahmen sie von soziologischen Kategorien Gebrauch machten, wodurch es ihnen gelang, eine horizontal ausgeübte Rechtsprechung innerhalb des „sozialen Gebildes“ von einer vertikalen Rechtsprechung abzutrennen, welche durch den souveränen Diskurs juristischer Institutionen vorgeschrieben wurde, die zu stark von der Realität losgelöst waren. Die Justiz ist natürlich nicht allein vertikalen Zusammenhängen vorbehalten: sie wird auf sämtlichen Ebenen der Gesellschaft sowie in den Geflechten der menschlichen Beziehungen angewendet und beobachtet. Diese Betrachtungsweise, welche notwendigerweise nicht-juristischer Natur war, brachte die Autoren dazu, das soziologische Kriterium der Gewalt als Faktor der rechtlichen Regulierung des „sozialen Gebildes“ zu berücksichtigen. Diese letzte Doktrin traf auf weitaus mehr Resonanz, da sie die Gesamtheit aller historischen Perioden umfasste.

Die Rechtsprechung stellt demnach nur ein Mittel unter vielen dar, das für die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten verwendet wird. Genauer gesagt führt „die allgemeine Vorherrschaft einer juristischen Kompromisskultur“ dazu, dass die Justiz sich „häufig den Bestrebungen der Rechtssubjekte“ unterwirft, „die die Verhandlung und Schlichtung privilegieren wollen“ (Garnot 2009, S. 681). Es bildete sich also nun der Gedanke heraus, dass der „Justizbereich“ dem institutionellen (also politischen) Raum zugehörig ist, wohingegen der Bereich der „gängigen Praxis“ als „infrajustiziell“ bezeichnet wurde. Die Juristen sind sich ihrerseits der Justizverfahren bewusst, die sich der Entscheidungsmacht diverser juristischer Institutionen (königlicher, kirchlicher, kommunaler, herrschaftlicher Gerichtsbarkeiten) zu entziehen scheinen: Vergleich, gütliche Einigung, Mediation sind allesamt Verfahren, die unter den Begriff „außergerichtlich“ fallen. Im ersten Fall bedeutet „infrajustiziell“ so viel wie „unterhalb der Justiz“, „justiziell“ bezieht sich hier auf die juristische Institution; im zweiten Fall nimmt „justiziell“ die Bedeutung des lateinischen Wortes *judicium* an: der Prozess wird in dem Ausdruck „außergerichtlich“ mit der Bedeutung „außerhalb des Prozesses“ aufgegriffen.

In den juristischen Fakultäten wird die Justizgeschichte erst seit Kurzem (Ende der 1990er-Jahre, Anfang 2000) als eigenständiges Fach studiert. Bis dahin war diese Disziplin Teil des Studiums öffentlicher Einrichtungen (was allein schon viel über die allgemeine Wahrnehmung dieser Verbindung zwischen Justiz und Staatsgewalt aussagt). Zwar haben sich die Studien zur Geschichte des Zivilverfahrens im Gegensatz zum Strafverfahren, welches seit jeher als Teil des Strafrechts studiert wurde, im Laufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet; jedoch gerieten diese ins Stocken, nachdem sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorrangig von Kanonisten durchgeführt wurden. Während der 1990er-Jahre deutete sich eine Erneuerung der Rechtswissenschaften im Bereich des Zivilverfahrens an, welche insbesondere mit den jüngsten Auseinandersetzungen des positiven Rechts mit dem „Verfahrensrecht“, dem „Zivilprozessrecht“ und, seit kurzem, der „allgemeinen Verfahrenstheorie“ in Verbindung steht (Cadiet et al. 2013).

Nichtsdestoweniger löste die Erweiterung des Bereichs der Rechtsgeschichte eine Debatte unter den Rechtshistorikern über ihre Zweckmäßigkeit aus; diese Debatte

fußt auf der Unterscheidung zwischen materiellem Recht und den gerichtlichen Institutionen. Ein Teil der Doktrin trennt die Prozessrechtsgeschichte insoweit von der Justizgeschichte, als letztere sich auf die Geschichte der gerichtlichen Institutionen beschränken muss. Diese Ansicht stützt sich auf die Überlegung, dass das Prozessrecht sich nicht vom materiellen Recht unterscheidet, dessen Rechtsfolge es ermöglicht. Eine solche Sichtweise ist insbesondere in der Geschichte des Straf- und Verwaltungsrechts verbreitet, Bereichen, die traditionell das materielle Recht nicht vom Prozessrecht trennen. Im Gegensatz dazu besagt ein anderer Teil der Doktrin, dass das Prozessrecht insoweit als zentrale Achse der Justizgeschichte dient, als das formelle Recht der Billigkeit gegenübersteht und das Prozessrecht bei dieser Gegenüberstellung eine gute Rechtspflege gewährleisten muss. Die Justiz kommt also ganz natürlich – aber nicht ausschließlich – im Verfahren zum Ausdruck. Dabei handelt es sich um eine Sichtweise, die auf die Kanonisten zurückgeht, welche sich auf die Prozessrechtsgeschichte spezialisiert hatten und die Billigkeit als Kern der Justiz im Allgemeinen und der institutionellen Justiz im Speziellen ansahen.

Seitdem führt die Herausbildung einer Justizgeschichte, welche über die traditionelle Geschichte der gerichtlichen Institutionen hinausreicht, dazu, dass vielfältige Quellen berücksichtigt werden, was eine Verbreiterung des Forschungsbereichs zur Folge hat: das Verfahren, Justizpersonal, kleine oder große Prozesse, das Gerichtswesen, Beamte oder Rechtsanwälte, sonstige Akteure eines Verfahrens, usw. Außerhalb strikt juristischer Quellen wird die Justizgeschichte notwendigerweise durch philosophische, künstlerische und literarische Quellen sowie Modelle, Ausdrücke oder Symbole der Gerechtigkeit beeinflusst. So gibt die Justizgeschichte Aufschluss über die Geschichte der gerichtlichen Institutionen sowie über die Geschichte der Auffassung von Justiz.

Unter den Akteuren der Justiz formen die Richter und Staatsanwälte ein „soziales Gebilde“, eine „Gruppe, die nicht nur durch gemeinsame Berufsaktivitäten, sondern auch durch soziale Forderungen, moralische Werte und Solidarität sowie durch ihre spezifischen Lebensweisen sowohl materiell als auch kulturell miteinander verwachsen ist“ (Garnot und Lemesle 2014, S. 12). Obwohl die Käuflichkeit und Übertragbarkeit der Ämter durch Erbschaft, welche selbst aus mehreren Magistratendynastien entstanden, die Machtentwicklung eines Organs begünstigt hat, das der Berufsehre unterworfen ist, kommt man nicht umhin, dessen Heterogenität festzustellen. Nicht nur Richter, die sich nicht auf dieselbe Weise ihrer Funktion hingeben und verschiedene, amtseigene Tugenden fördern (Rechtchaffenheit, Bedachtsamkeit, Geradheit, Wahrheitsliebe ...), sondern auch politische und/oder religiöse Konflikte, die dem Organ bereits schaden, wurden von einer Minderheit wie den Jansenisten begünstigt. Neben dieser Vielfältigkeit setzt sich die vorliegende Studie mit der gerichtlichen und außergerichtlichen Beilegung von Konflikten durch das Richteramt auseinander. Obwohl die Prozessrechtsgeschichte der Justiz in diesem Fall zugrunde liegt, darf diese nicht von der politischen oder gar der ideologischen Rechtsgeschichte getrennt werden: trotz der fehlenden Unabhängigkeit voneinander bereichern sich diese beiden Dimensionen doch gegenseitig.

2 Gerichtliche und außergerichtliche Konfliktlösung

Die Prozess- und Verfahrensgeschichte in Frankreich wird von der Beziehung zwischen dem königlichen und dem römischen, später römisch-kanonischen Prozess beherrscht. Die Entwicklung des königlichen Staats führte zur Perfektionierung des Verfahrens durch die Durchsetzung von Regeln bezüglich des Gerichtswesens. Der römisch-kanonische Prozess gilt als Maßstab, welcher die Umsetzung solcher Regeln des Gerichtswesens ermöglichte. Aus diesem Grund muss zwischen den reinen Verfahrensregeln (römisch) und Regeln für das Gerichtswesen (römisch-kanonisch) unterschieden werden; letztere schlossen die Verordnung abgeleiteter Verfahrensregeln ein (charakteristisch für den königlichen Staat, obgleich sie den römisch-kanonischen Lösungen sehr nahe kamen).

Seit dem Spätmittelalter entscheidet der Laienrichter, welcher unter dem Einfluss der kirchlichen Rechtsprechung steht, entsprechend dem römischen, kanonischen und natürlichen Recht, sowie dem Gewohnheitsrecht, der Billigkeit oder gar der Bibel. Der Einfluss der Rechtsgelehrten und die Herausbildung der königlichen Justiz begünstigten das Auftreten von Verfahrensregeln, die der Rechtsprechung entsprangen und in den der jeweiligen Gerichtsbarkeiten eigenen Sammlungen – den *Stilen* – vereint wurden. Die Wiedergeburt des römischen Rechts und die kanonischen Sammlungen gaben Anlass für eine im Hinblick auf das Verfahren konsequente Rechtsliteratur, egal ob in den allgemeinen oder spezialisierten Werken – den *ordines iudicarii* –, die sich mit dem Prozessablauf befassten. Als Leitfaden für den Richter und Garantie für das Rechtssubjekt zugleich umschreibt das Verfahren den Prozessverlauf, sichert diesen und begrenzt willkürliche Auswirkungen (Roumy 2012a).

Die gerichtliche Streitbeilegung

Zwei wesentliche Bereiche der gerichtlichen Konfliktbeilegung beschäftigen in vielerlei Art die Forschung auf dem Gebiet der Justizgeschichte. Auf der einen Seite werden die verschiedenen Stadien des Verfahrens untersucht. Auf der anderen Seite werden die Berufung und die außerordentlichen Rechtsmittel voneinander getrennt betrachtet.

Die verschiedenen Phasen des Verfahrens. – Während der letzten Jahre waren nicht alle Phasen des Verfahrens für sich genommen Gegenstand besonderer Studien. Jedoch muss hier auch die Ziviljustiz von der Strafjustiz unterschieden werden, da letztere nicht Teil der „gerichtlichen Beilegung von Konflikten“ im engeren Sinne ist. Bei einer Zivilrechtsstreitigkeit über mehr als 200 *livres* wird der Prozess mit einem Antrag an den Richter eingeleitet, welcher anschließend den Kläger sowie dessen Anwalt dazu einlädt, seine Klage mündlich vorzutragen. Daraufhin wird der Beklagte per Zustellungsurkunde (*Ladung*) aufgefordert, vor Gericht zu erscheinen; sobald er von der Klage in Kenntnis gesetzt wurde, bestellt dieser einen Vertreter und meldet diesen dem Gerichtsschreiber. Der Kläger verfasst seine Kla-

geschrift an den Beklagten und erhält von diesem wiederum eine Zusammenfassung der Verteidigungsvorbringungen; neben der Mündlichkeit der Verhandlungen wird die schriftliche Kommunikation für die Schriftwechsel zwischen Anwalt und Vertreter der Parteien verwendet, um sich darüber zu verständigen, was während der Verhandlung gesagt wurde.

Klagebefugnis und Verfahren: Die erste Verfahrensphase, die Einführungsphase, wird mitunter mit dem Ausdruck Klagebefugnis verwechselt. Diese Einleitung des Prozesses erfolgt auf Veranlassung des Klägers – jene Prozesspartei, die sich in ihren Rechten verletzt oder benachteiligt fühlt. Das Vokabular ist römisch und bezeichnet ursprünglich die festen Spruchformeln (*Legisaktionenverfahren*) oder, zu einem späteren Zeitpunkt, die prätorischen Klagen (*Actio in factum*), deren Durchsetzung der Kläger fordern kann. Die Klagen, sofern sie im alten Rom von diesem Magistrat, welcher der Prätor ist, zugelassen werden, ermöglichen die Umsetzung bestimmter Vorrechte, die strengstens mit diesen Klagen in Verbindung stehen.

Mit der Zeit und bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, wurde die Klagebefugnis schließlich durch die Einleitung des Rechtsstreits mittels Anrufung des Gerichts basierend auf einer faktischen Grundlage, welche als Rechtsverletzung begriffen und vom Richter als vor Gericht zulässig anerkannt wird, beschlossen. Anschließend entscheidet er über die Richtigkeit des Klageantrags. Seit den 1970er-Jahren wird die Klagebefugnis als ein Recht (Motulsky 1964) angesehen, obwohl die Einleitung des Prozesses lediglich eine Folge des Rechts ist, welches jedem Bürger als Handlungsgrundlage für seine jeweiligen Interessen zugesprochen wird. So wird in der französischen Zivilprozessordnung in Artikel 30 (Absatz 1) Folgendes dargelegt: „Die Klagebefugnis stellt das Recht des Verfassers einer Klageschrift dar, vor dem Hintergrund dieser angehört zu werden, um über die Begründetheit oder Unbegründetheit der Klage zu entscheiden.“ Das Recht zur Anrufung eines Gerichts; das Recht, vom Richter angehört zu werden; das Recht auf eine Entscheidung dieses Richters. Dahingegen wird die Klagebefugnis des Beklagten als „Recht auf Besprechung der Begründetheit dieser Klage“ definiert.

Für Historiker ist diese Entwicklung der Klagebefugnis von großer Bedeutung. Egal, ob man nun mit der Auffassung einverstanden ist, dass es sich bei der Klagebefugnis um ein Recht handelt: allein der Verfahrensbegriff – und mit ihm auch das gesamte Richteramt – erfuhr durch das neue Verständnis der Klagebefugnis einen großen Umbruch. Als die Klagebefugnis noch nicht als Recht galt, war die Verpflichtung, welcher sich der bestellte Richter gegenüber seiner Parteien annahm, tatsächlich ethischer Natur, wie wir heute sagen würden. Das Verfahren (*instantia*) bezog sich im Wesentlichen auf die Geschwindigkeit und Intensität, mit welcher der Richter sich der Klage annahm, um diese zu untersuchen und über sie zu entscheiden. Heutzutage stellt das Verfahren den Moment dar, während welchem der Richter das spezifische Recht der Klagebefugnis des Rechtssubjekts umsetzt. Mit anderen Worten war das Verfahren seit dem alten Rom und bis in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts hinein eine Qualitätskennzeichnung des richterlichen Beschlusses (wurde die Klage ordnungsgemäß bearbeitet und die Entscheidung ordnungsgemäß gefällt?). Seit 1972 (Dekret vom 20. Juli, in welchem die Klagebefugnis als Recht festgelegt wurde) hat sich das Verfahren zu einer Quantitätskennzeichnung der rechtlichen Antwort entwi-

ckelt (wurden sämtliche Rechte beachtet?). Es ist jedoch ersichtlich, dass ein qualitatives Verständnis des Verfahrens (*instance-qualitative*) dem Richter die vollständige, freie Beurteilung dessen, was rechtens ist, überließ, wohingegen im Rahmen einer quantitativen Verfahrensauffassung (*instance-quantitative*) die Justiz im alleinigen Dienste des Rechtssubjekts steht; dabei beschränkt sich der Richter darauf, einzelne Angelegenheiten (*affaires*) in Betracht zu ziehen, die je in einem begrenzten Verfahren (*instance*) behandelt werden.

Einrede und Verteidigung: Im Rahmen eines Gerichtsverfahrens spricht man im klassischen römischen System von Einreden (*exceptiones*), die der Beklagte ohne Berücksichtigung des Sachverhalts zur Verteidigung hervorbringt, durch welche die Klage zeitweise oder endgültig abgelehnt wird. Die technische Entwicklung dieser Einreden, welche durch Verfahrenshandbücher und -abhandlungen des Mittelalters und aus der Zeit des Ancien Régime nachvollzogen werden kann, ist komplex. Einreden der Unzuständigkeit sind zulässig (um die Zuständigkeit einer Gerichtsbarkeit zu Gunsten einer anderen abzulehnen), ebenso peremptorische (um die Klage zu vernichten, indem auf einen Formmangel oder eine Verjährung der Klage hingewiesen wird) sowie dilatorische Einreden (um eine Prozessverschiebung zur Vorbereitung der Verteidigung zu erzielen). In sämtlichen Fällen werden Einreden jedoch schnell mit der Vorlegung der Verteidigungsvorbringungen verwechselt. Tatsächlich steht es dem Beklagten durch die Einreden nicht nur zu, Verfahrensmängel geltend zu machen: er kann in Ausnahmefällen auch substantielle Argumente hervorbringen. Dies erklärt den Wandel des verwendeten Vokabulars im Mittelalter in *contremands* und *essoines* (Entschuldigung gegenüber dem Richter, wenn es aus Gründen wie Krankheit oder Pilgerfahrt nicht möglich war, zum vereinbarten Zeitpunkt vor Gericht zu erscheinen), welcher von der Rechtslehre ausging, laut welcher Einreden als Waffen des Beklagten angesehen wurden („*exceptiones sunt arma reorum*“). Wir nehmen aufgrund dieses letzten Aphorismus an, dass der Prozessverlauf einem Duell ähnelte (Mausen 2010). Natürlich kein Duell im wörtlichen, sondern im metaphorischen Sinne. Das gesamte Prozessvokabular gibt, selbst heute, Aufschluss über diesen Aufbau (sprechen wir doch beispielsweise „Waffengleichheit“ (*égalité des armes ou des défenses*): die Klage ist wie ein Angriff konzipiert, welcher der Vertreter des Beklagten eine oder mehrere Abwehrmaßnahmen entgegenbringt, woraufhin sich dieser auf einen Gegenschlag vorbereitet. Der Kläger kann stets auf ihn reagieren oder gar eine Gegenforderung (*demande reconventionnelle*) einreichen. Die Prozessparteien setzen den Richter in Kenntnis und legen ihre Beweise und Hilfsmittel vor; dieser fällt für sämtliche Klagepunkte Zwischenurteile (oder Urteile vor der Urteilsverkündung), Vorurteile oder vorläufige Urteile. Während sämtlicher Phasen des Duells fungiert der Richter als Schiedsrichter; genauer gesagt sorgt er dafür, dass die Grundsätze der „Waffengleichheit“ und des kontradiktorischen Verfahrens eingehalten werden, bis eine Streitbefestigung verkündet wird (*litis contestatio*).

Das Prinzip des kontradiktorischen Verfahrens und der litis contestatio: Die aktuelle Rechtslehre erörtert den Inhalt, die Relevanz und die Auswirkungen des Prinzips des kontradiktorischen Verfahrens ausführlich und wird dabei von europäischen Rechtsquellen wie der Grundlage des *fairen Verfahrens* bekräftigt (*fair trial, due process of law*). Die Verfahrensgeschichte zeigt im Gegensatz zu den positivist-

tischen Aussagen anschaulich, dass das Prinzip des kontradiktorischen Verfahrens der klassischen (römischen) Prozessform innewohnt, an welchem drei Akteure teilnehmen: die beiden Prozessparteien und der Richter. Entsprechend diesem Schema überwacht der außenstehende Akteur (der Richter) die verfahrensrechtlichen Unterredungen (*conversations procédurales*), welche zwischen den Parteien stattfinden, entsprechend präziser Regelungen, die sämtliche Akteure einhalten müssen, und stellt sicher, dass das Verfahren ordnungsgemäß abläuft. Die *contradictio* ist insofern notwendig, als sie den Parteien ermöglicht, den Streitgegenstand zu bestimmen, und dem Richter erlaubt, der Unterredung als privilegierter Zeuge beizuwohnen (ursprünglich durfte der Richter oder Prätor in Rom nicht der einzige Zeuge sein, was in dem Wort *contestatio*, also *cum* [mit] und *testatio* [Zeugnis], ersichtlich wird). Die Festlegung des Streitgegenstands vor den Zeugen und dem Richter hat zur Folge, dass das Eintreten nachträglicher Klagen verhindert wird, die den Gerichtsprozess beeinträchtigen können. Alles in allem sind *litis contestatio* und *contradictio* die zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Sobald die Argumente des Klägers und des Beklagten entwickelt wurden, erreichen die Prozessparteien den Punkt, an welchem der Streitgegenstand umschrieben wird. Im Grunde einigt man sich hier auf den Wortlaut des Rechtsstreits. Da der Richter als Zeuge diesem Moment beisitzt, kann er die gemeinsamen Forderungen der Parteien nicht unter- oder überschreiten. Dabei handelt es sich um einen feststehenden Aspekt des Richteramts aus dem römischen Recht, welcher es dem Richter nicht erlaubt, über Forderungen zu entscheiden, die nicht Teil der Klage oder Verteidigung sind (man sagt auch, dass er weder *infra*, noch *ultra* oder *extra petita* entscheiden darf).

Das Problem der Beweise und der Strafe: Sobald eine Streitbefestigung verkündet wurde, müssen die Parteien sowohl im alten Rom als auch im Mittelalter sowie während des Ancien Régime ihre Beweismittel vorlegen. Mit dem Aufkommen des Papiers in der Neuzeit konnten Schriftstücke als beweiskräftige Unterstützung die Notwendigkeit des Zeugnisses in den Hintergrund rücken. Es gibt in den Reihen der Historiker zahlreiche Anmerkungen zum Übergang von irrationalen (Ordalien, Duelle) zu rationalen Beweismitteln (Zeugenaussage, Schriftstücke). Tatsächlich waren sowohl Zeugenaussagen als auch Schriftstücke schon immer Teil der Beweismittel; letzteres wurde aufgrund der Seltenheit schriftlicher Beweismittel jedoch in geringerem Umfang verwendet. Ordalien kamen im Mittelalter in kleinen Gemeinden bei Angelegenheiten zum Einsatz, die offensichtlich unentwirrbar waren und für die es keine oder widersprüchliche Zeugenaussagen gab, um den Zusammenhalt innerhalb dieser Gemeinden aufrecht zu erhalten. An dieser Stelle seien die Arbeiten der (nicht aus dem Rechtsbereich stammenden) Historiker, insbesondere aus Großbritannien und Amerika, gewürdigt, die in den Jahren 1970–1980 die Verbindung zwischen den Ordalien und den gütlichen Übereinkommen für Rechtsstreitigkeiten gezogen haben (Brown 1975; Bartlett 1986; White 1995). Tatsächlich besteht ein Ordeal, welches auch als „Gottesurteil“ bezeichnet wird und aus einer Prüfung besteht, der für gewöhnlich die Person unterzogen wird, die ihre Anständigkeit beweisen möchte (entweder um ein Beweisstück zu unterstützen oder eine Wahrheit zu

bestätigen) aus Elementen, die sich gegenseitig widersprechen. Diese Prüfungen, denen sich beide Gegner gleichermaßen während des Prozesses unterziehen können, bestehen darin, die anwesenden Parteien einem Element auszusetzen, das als göttliches Symbol angesehen wird (Wasser, Feuer), um die Reinheit oder Bosheit desjenigen, der sich der Prüfung unterzieht, zu beweisen. Bei Personen, die sich diesen Prüfungen aufgrund eines richterlichen Befehls unterziehen müssen, kann die Prüfung so aussehen, dass diese ihre bloße Hand in ein Fass mit kochendem Wasser halten müssen; anschließend wird die Hand luftdicht mit einem Sack umwickelt und beobachtet, ob die Verletzungen heilen oder nicht. Im ersten Fall ist die Partei im Recht, in letzterem wird sie als schuldig angesehen. Berichte über diese Gottesurteile in historischen Quellen haben die bloße Funktion, den Leser oder die Zuhörerschaft abzuschrecken. Wir wissen heute, dass diese Rituale lange Zeit für einige Momente unterbrochen wurden, um den Parteien eine Einigung zu ermöglichen; diese erfolgte häufig aus Angst vor dem oftmals gefährlichen oder gewalttätigen Ordal. Die Rechtsanthropologie hat die Argumente der Historiker in diesem Punkt bestätigt. Die von Raymond Verdier in Togo bis in die 2000er-Jahre gefilmten Ordalien zeigen deutlich die Funktion der sozialen Regulierung, die das Ordal seit dem Mittelalter und bis in die heutige Zeit einnimmt (Jacob 2014).

Die Zeugenaussage gilt in der Geschichte der Ziviljustiz als wesentliches Beweismittel, vorausgesetzt, dass mehrere – mindestens zwei – vorhanden sind und diese miteinander übereinstimmen. Das ist ein sehr interessanter Punkt. Die mittelalterliche Rechtslehre hat sich natürlich schon sehr früh für den Begriff der Tatsachenwahrheit und der Urteilswahrheit interessiert (Mausen 2006). Dies steht im Gegensatz zum antiken, griechisch-lateinischen Gedanken, dessen Vertreter der Auffassung waren, dass die Wahrheit nur für Redner und Philosophen relevant ist, wohingegen die Justiz das einzige Anliegen der Richter sein sollte (Platon, Apologie des Sokrates). Der christliche Gedanke kehrte die Sichtweise um, da doch die Wahrheit der endgültige Grund eines Urteils sein soll. Die Grenzen zwischen Justiz und Wahrheit wurden immer undeutlicher.

Neben der Anhörung von Zeugen können auch die Tatortbesichtigung durch die Richter sowie Sachverständigengutachten (zu Einrichtungen, Immobilien, Schriftstücken) beantragt werden. Wurden die Plädoyers abgeschlossen und fühlt sich der Richter nicht ausreichend informiert, beantragt dieser eine Durchführung zusätzlicher Ermittlungen, stellt das Urteil zur Beratung oder vertagt das Urteil. Die Parteien müssen nun zu einem oder mehreren Tatbestandsmerkmalen oder Rechtsfragen Akten und Beweismittel vorlegen, um diese im Besonderen zu überprüfen und zu besprechen. Nach Vorlage der Schriftstücke berät sich das Gericht (der Richter entscheidet niemals allein) und der Richter erlässt den Beschluss entweder noch am selben Tag oder, im Falle einer Beratung, während einer nächsten Sitzung. Das Urteil muss dabei zwingend in der öffentlichen Gerichtsverhandlung verlesen werden. Die einzelnen Phasen der Urteilsfindung allein sind schwer fassbar. Der unvergleichliche Giovanni Pugliese informiert uns in seiner *Enciclopedia del Diritto – Guidicato civile* – über die Doktrin, die zwischen der Meinung des Richters, dem Richterspruch und dem Beschluss unterscheidet (Pugliese 1969). Bildet der Richter

seine (zwangsläufig persönliche) Meinung „nach bestem Wissen und Gewissen“, ist dieser angehalten, nicht nur auf Grundlage dessen zu entscheiden, sondern *ebenfalls* die Rechts- und Verfahrenselemente zu berücksichtigen, die ihm vorgelegt wurden (gemäß dem Prinzip: „*Iudex debet iudicare secundum allegata et probata partium simulque secundum conscientiam*“). Somit wird aus dem *Richterspruch*, welcher nichts weiter als die bewusste und gesetzesmäßig gebildete Meinung des Richters darstellt, im Augenblick seiner Verkündung ein *Beschluss*. Erst in diesem Moment gilt das Rechtsobjekt des Verfahrens als „entschieden“ (*res iudicata*) und wird rechtskräftig und damit endgültig. Tatsächlich gilt für die Entscheidung, gemäß dem einmaligen Prinzip von Ulpian, Folgendes: „*Res iudicata pro veritate accipitur*“ (Die entschiedene Sache wird für die Wahrheit gehalten). Folglich wird dem Richter ab der Verkündung seines Urteils die Zuständigkeit für die Rechtssache entzogen. Außer im Falle eines Fehlurteils, welches ihn persönlich in den Prozess einbezieht, konnte bis zur Einleitung der Berufung innerhalb der Struktur der französischen Rechtsordnung kein weiteres Rechtsmittel eingelegt werden.

Das Problem der Berufung. – Das Problem der Berufung (*appel*) ist vielschichtig, da sie einem anachronistischen Ansatz zum Opfer gefallen ist. Tatsächlich handelt es sich heutzutage bei der Berufung um ein „Rechtsmittel“ (*voie de recours*), das als einfacher „Rechtsbehelf“ (*voie de droit*), also als striktes Verfahrenselement gilt. Das bedeutet, dass die Berufung sich sowohl innerhalb der Institutionen als auch in den Köpfen der Leute in das Zentrum eines hierarchisierten Rechtsinstruments rückte und einer fein abgestimmten Gerichtsbarkeit folgt: für einen bestimmten Rechtsstreit an einem bestimmten Ort zwischen bestimmten Rechtssubjekten, dessen Entscheidung von einem Berufungsrichter abhängt, welcher gemäß den Zuständigkeitsvorschriften bestellt wurde. Das Gerichtsschema (erste Instanz und Berufung) vermittelt ein kohärentes Bild, welches durch objektive Verfahrensregeln bestimmt wird. Auf diese Weise wird die so in dieses System eingebettete Berufung von den Rechtssubjekten als „Grundrecht“ verstanden. Es müsste daher ein „Recht auf Berufung im zivilrechtlichen Bereich“ geben, so wie es auch ein Recht auf Berufung im strafrechtlichen Bereich gibt. Nun hat sich die zeitgenössische Doktrin mit diesem Problem auseinandergesetzt und die dazugehörige nationale und europäische Rechtsprechung analysiert. Es erscheint, dass zwar ein „Recht auf Rechtsbehelf“ vorliegt, die Berufung ist jedoch zwangsläufig nicht mit dem Begriff des Rechtsbehelfs zu verwechseln. Somit existiert sehr wohl ein „Recht auf Rechtsbehelf“ (*droit au recours judiciaire*), aber nicht unbedingt ein „Recht auf Berufung“ (*droit à l'appel*).

Die Berufung als hierarchisches Rechtsmittel ist ein Verfahren des römischen Kaiserrechts, welches charakteristisch für das Kognitionsverfahren (*extra ordinem*) ist, wobei der Kaiser an der Spitze dieser Hierarchie steht. Die Kirchenjustiz, welche sich direkt an das imperiale Modell anlehnt, verwendet dieses Rechtsmittel erneut, um eine Stärkung der politischen Organisation des hierarchischen Modells herbeizuführen; im Grunde liegt darin der wesentliche Zweck der Berufung: einer politischen Ordnung durch die Kombination der gerichtlichen und politischen Hierarchie (und bald darauf auch der normativen Hierarchie) zu ermöglichen, sich zu stabilisieren. In Frankreich wurde die Berufung im 13. Jahrhundert unter der Herr-

schaft des heiligen Ludwigs eingeführt: von diesem Augenblick an begann die Konsolidierung des königlichen Staats. Die ursprüngliche Bedeutung (um nicht den Begriff der Natur zu verwenden) der Berufung wird allzu oft vernachlässigt. Der König Frankreichs, an welchen die Berufungen gerichtet werden, überträgt seiner *curia in parlamento* die Befugnis zur Entscheidung in letzter Instanz. Aus dieser Übertragung (*délégation*) geht das Parlament hervor. Zunächst mit der *curia* ohne festen Sitz und anschließend durch den heiligen Ludwig am Palast auf der *Île de la Cité* in Paris angesiedelt, bildet das Parlament den souveränen Gerichtshof des Königreichs. Das Parlament entscheidet als ob der König anwesend wäre, obwohl dieser einen Großteil der Zeit abwesend ist. In seinen Beschlüssen verwendet das Parlament das charakteristische „wir“ der königlichen Majestät (Hilaire 1992b); die Richter des Parlaments, die einzigen, die „Magistrate“ (*magistrats*) genannt werden, tragen das scharlachrote Gewand des urteilenden Königs. Die Parlamentarier, welche sich mit dem mystischen Leib des Königs gleichsetzen, erarbeiten den Gedanken der Einheitlichkeit des „Chefs“ und seiner „Mitglieder“; da sie sich als Teil des königlichen Körpers ansehen (*pars corporis regis*), erklären sie sich gegebenenfalls, ähnlich dem Monarchen, als von den geltenden Normen befreit und können somit nach den Prinzipien der Billigkeit (*aequitas*) urteilen. Diese Eingliederung des Königs wird insbesondere durch den Vergleich und die anschließende Analogie zwischen dem römischen Senat und dem Parlament deutlich. Die Parlamentarier gehen jedoch noch weiter: da sie sich als „Hohepriester der Justiz“ ansehen, gehen sie schrittweise von der „Vertretung zur Enteignung des Königs“ über (Krynen 2009–2012). Einzig und allein Juristen können fortan das Recht des Königs souverän in letzter Instanz sprechen und ein Verfahren endgültig abschließen.

Außerordentliche Rechtsbehelfe und die Geburt der Revision. – Die königliche Gewalt hat den wachsenden Machtanspruch der Parlamentarier nie anerkannt: sie war der Ansicht, dass die Justiz lediglich übertragen, jedoch auf keinen Fall abgetreten wurde. Aus diesem Grund nehmen der König und sein Rat die Anträge der Parteien auf, welche die Urteilsabänderung durch *lettres de grâce de dire contre arrêt* (dt.: Gnadengesuche zur Urteilsabänderung) beantragen. Artikel 12 der Verordnung vom März 1303 beschränkt das Einlegen von solchen Rechtsbehelfen auf zwei Fälle: eine Zweideutigkeit oder einen Fehler. Die Angelegenheiten werden anschließend vom Parlament in Anwesenheit des Königs überprüft und die wichtigsten Streitsachen werden dem Rat durch die *maîtres des requêtes de l'Hôtel* zurückgeschickt. Diese Praktik bestärkt die Annahme, dass das Parlament Entscheidungen trifft, über welche der König nicht unterrichtet wurde. Sowohl institutionell als auch physisch unterscheidet sich das Parlament allmählich vom Rat (*curia*). Solange der König nicht persönlich an einem Verfahren beteiligt war, ist die Entscheidung nicht rechtskräftig und das Urteil nicht gültig; dadurch kann dieses gegebenenfalls berichtigt werden. Um diese aufkeimende Praxis zu begrenzen, erlaubt das Parlament seit 1317 die Methode des Widerrufs durch das Vorlegen von Fehleranträgen (*rétractation par la proposition d'erreur*) vor der Gerichtsbarkeit, die das Urteil gesprochen hat. Dieses Verfahren wird durch verschiedene königliche Erlasse und insbesondere durch jenen vom Dezember 1344 näher beschrieben. Nach und

nach beantragen die Prozessparteien beim König mittels einer *requête civile*, in den Prozess einzugreifen – selbst vor Verkündung des Urteils.

Da das Leid des Hundertjährigen Krieges das Gerichtswesen stark beeinträchtigte, klärte Karl VII. gegen Ende des Konflikts durch Artikel 66 der Verordnung von Montils-lès-Tours im April 1454 bezüglich der „Reformation der Justiz“ die gerichtliche Zuständigkeit des Parlaments gegenüber jener des Rates. Dadurch sollten Fehleranträge (*propositions d'erreur*) minimiert werden: in Artikel 17 wird es den Magistraten untersagt, ihre Beschlüsse nach ihrer Verkündung und Durchführung abzuändern. Der König bestimmt, dass die richterliche Beschlüsse sofort in schriftlicher Form dem Gerichtsschreiber vorgelegt werden, bevor diese verlesen werden. Er versucht ebenso, einen Rahmen für die *requêtes civiles* zu schaffen: Artikel 80 sieht die Zahlung einer Geldstrafe vor, wenn der Antrag als „ungehörig und unhöflich“ angesehen wird. Jedoch zeigte sich Ludwig XI., im Gegensatz zu seinem Vater, nicht feindlich gesinnt, wenn zahlreiche Streitsachen vor dem Rat eingereicht wurden; er förderte vielmehr durch die Verwendung von *lettres d'état* die von den Prozessparteien beantragten Evokationen und vereinfachte somit das Verfahren um die Parlamentarier für untauglich zu erklären. Und die Praktik der Fehleranträge (*propositions d'erreur*) fand bei den Prozessparteien wieder Anklang.

Die Zunahme der Anträge und Evokationen führt innerhalb des Rats (*Conseil*) zur Entwicklung eines Justizrats (auch *Grand Conseil*, Hoher Rat genannt), welcher mit der gerichtlichen Zuständigkeit betraut wurde und die Funktion des Staatsanwalts einnahm. Etwa 15 Jahre später gründete Karl VIII. durch den Erlass vom August 1497 den Hohen Rat mit autonomer Gerichtsbarkeit; durch den Erlass vom Juli 1498 bestätigt Ludwig XII. diesen und macht ihn zu einem souveränen Gerichtshof. Jedoch verlor der Hohe Rat, welcher nur kurz zuvor als eine unabhängige Instanz gegründet wurde, jegliche Verbindung zum königlichen Rat; seine schnelle Schwächung ist paradoxerweise auf seine Unabhängigkeit zurückzuführen. Da sich der Hohe Rat viel zu stark vom König entfernt zu haben schien, zogen es die Prozessparteien vor, ihre Streitsachen dem Rat (*Conseil*) vorzulegen, welcher es sich nicht nehmen ließ, diese Streitsachen an sich zu ziehen. Die Rechtsmittel (*recours*) nahmen gegen Ende der Regierungszeit von Ludwig XII. sowie im Laufe der Herrschaft von Franz I. merklich zu. Die dem Rat vorgelegten Verfahren werden zunehmend wieder in mündlichen Verhandlungen entschieden, welche einen Aufschwung erfuhren: die Anzahl der *maîtres des requêtes* steigt von acht auf sechzehn (Michon 2011). Franz I. erlässt im Mai 1529 im Angesicht der „ausschweifenden“ Zahl an Evokationen, eine Regel, um diese zu regulieren und somit den Rat zu entlasten (Leyte 2010). Ungeachtet dessen schafft Heinrich II. durch die Verordnung des Rates vom 30. Oktober 1557 einen *Conseil d'État privé* (ab Beginn des 17. Jahrhunderts auch *Conseil des parties* – Parteienrat – genannt), welcher dafür zuständig ist, die Meinungsverschiedenheiten von Privatpersonen, Organen und Gemeinden zu untersuchen.

Ausgehend von den *propositions d'erreur* und *requêtes civiles* bildete sich im Laufe des 16. Jahrhunderts die Revision (*procédure de cassation*) heraus. Es handelt sich um ein Rechtsmittel, welches die Ungültigkeit eines Urteils bestätigt, das gegen das Gesetz verstößt, selbst wenn die Verordnungen über keine spezielle An-

nulierungsklausel verfügen. Die Revision organisiert und entwickelt sich im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts, bis sie sorgfältig geregelt ist. Das Verfahren folgt der Verordnung vom 28. Juni 1738, welche unter der Leitung des Kanzlers Henri-François d'Aguesseau verfasst wurde. Das Rechtsmittel, welches nur zugelassen ist, wenn sämtliche Rechtsbehelfe ausgeschöpft wurden, muss sich zwingend auf einen offensichtlichen Rechtsfehler stützen und insbesondere nicht die Tatsachen aufgreifen. Es existieren genauer gesagt sechs Fälle, die ein Revisionsverfahren zulassen: Formfehler, Überschreitung der Amtsbefugnisse oder Unzuständigkeit, Zuwiderhandlung gegen Verordnungen sowie gegen Gewohnheitsrecht und *ius scriptum*, fehlerhafte Auslegung und Unbilligkeit. Selbst wenn das Rechtsmittel jedoch auf einem offenkundigen Verstoß fußt (was nur äußerst selten der Fall ist), kann nicht gewährleistet werden, dass der Antrag des Klägers auch Erfolg hat. Aber der Geheimrat (*Conseil d'État privé*) stellt sicher, dass die Justizverwaltung reguliert und die Anwendung des Rechts durch den Richter überprüft wird.

Außergerichtliche Konfliktlösung

Bei der Behandlung des Themas „außergerichtliche Lösung von Konflikten“ wird, wie bereits erwähnt wurde, angenommen, dass es sich um eine Lösung handelt, die außerhalb eines Prozesses und nicht unbedingt, wie häufig angenommen wird, außerhalb der institutionellen Justiz ausgearbeitet wird. Vorsicht ist geboten, wenn man über die außergerichtliche Modi der Konfliktlösung (*MARD: modes alternatifs de règlement des différends*) spricht: der Richter kann sich das Verfahren stets wieder aneignen, wenn nicht er selbst das Güteverfahren durchgeführt hat. Das Schiedsverfahren lässt dahingegen mehr Raum für Verwirrung. Es genügt jedoch daran zu erinnern, dass es sich beim Schiedsverfahren zwar um eine Form der Privatjustiz handelt, die sich dem Richter entzieht, dies jedoch nichts daran ändert, dass sie denselben grundlegenden Verfahrenselementen der institutionellen Justiz unterliegt, deren Einhaltung der Richter garantiert.

Das Schiedsverfahren. – Historiker des französischen Rechts haben sich zuhauf mit dem Schiedsverfahren auseinandergesetzt (Dauchy; Jallamion; Lefebvre-Teilard). Für die beiden Streitparteien geht es darum, das Urteil einer Drittperson in Anspruch zu nehmen, welche von ihnen (und nicht durch institutionelle Verfahrens- und Zuständigkeitsregeln) entweder durch den Vertrag, welcher die beiden Parteien miteinander verbindet und gegen dessen Durchführung sie Einspruch erheben (Schiedsvereinbarung) oder im Augenblick der Meinungsverschiedenheit (Schiedsvertrag) festgelegt wird. In beiden Fällen einigen sich die Streitparteien vertraglich auf die schiedsgerichtliche Beendigung ihres Konflikts, es sei denn ein Grundsatz der öffentlichen Ordnung oder des Zivilrechts schreibt zwingend die Anrufung eines Gerichts vor (zum Beispiel wenn ein Kind an dem Konflikt beteiligt ist). Die Möglichkeit, auf eine Vertrags- und Privatjustiz zurückzugreifen, geht auf das alte Rom zurück und wurde von den Juristen des Mittelalters sowie während der Renais-

sance auf Grundlage des römischen Rechts entwickelt. Schon früh wird angenommen, dass der Schiedsrichter sich wie ein echter Richter benehmen muss, auch wenn es sich dabei um eine Einzelperson handelt, die von den Parteien ausgewählt wurde: er muss einen echten Privatprozess umsetzen und die grundlegenden Verfahrenselemente beachten (insbesondere das Prinzip des kontradiktorischen Verfahrens). Seine Entscheidung, obgleich sie keinem Urteil gleichkommt, hat jedoch folgende Eigenschaft: ungeachtet dessen, wie das Ergebnis für die eine oder andere Prozesspartei aussieht, müssen sich diese ihm unterordnen. Das bedeutet, dass der Schiedsrichter nicht dafür zuständig ist, nach Billigkeit zu entscheiden oder einen Kompromiss zu finden, der für beide Parteien akzeptabel ist: er ist weder Schlichter, noch Vermittler oder ein *amiable compositeur* (wir werden hier von dem französischen Ausdruck *compromis d'arbitrage* in die Irre geführt: mit *compromis* ist nicht das Ergebnis, zu dem das Schiedsverfahren gelangen muss, sondern die Einigung der beiden Streitparteien auf eine Beilegung des Konflikts durch ein Schiedsverfahren gemeint). Ausgerechnet die Strenge des Schiedsverfahrens hat die mittelalterlichen Juristen dazu verführt, es dem Schiedsrichter zu ermöglichen, eine Lösung als *arbitrator* (und nicht nur als *arbitrator*), d. h. als *amiable compositeur* zu finden, wodurch eine Lösung aufgrund der Billigkeit oder gar eine gütliche Konfliktbeilegung (*conciliation*) erzielt wird (Lefebvre-Teillard 2008).

Gütliche Einigung (MARD oder ADR). – *Der angeblich angelsächsische Ursprung:* Lange Zeit wurden die *MARD* sowohl von der Rechtslehre als auch von den Praktikern, Richtern oder Rechtsanwälten abgelehnt. Der Kern der Kritik bezog sich auf die *Exogenität* dieser Verfahren, die für die aufgrund eines Streitfalls gegenüberstehenden Parteien darin besteht, dass versucht wird, mit Hilfe einer Drittperson eine Vereinbarung zu finden, die diesen Streitfall beilegt, bevor die Staatsjustiz einbezogen wird oder, wenn bereits ein Gericht angerufen wurde, bevor dieses eine Entscheidung trifft. Sie gelten als *exogen*, da die französischen Juristen die Mediation und gütliche Einigung als Verfahren ansahen, die ihren Ursprung im angelsächsischen Raum haben. Tatsächlich haben Robert Fisher und William Ury den Begriff der Mediation in ihrem Werk *Getting to Yes: Negotiating Agreement Without Giving In* (1981) wiederbelebt, welches im Rahmen des „Harvard Negotiation Project“ der Harvard Business School verfasst wurde. Ihnen schlossen sich die Werke von Robert Bush und Joseph Folger, *The Promise of Mediation: Responding to Conflict Through Empowerment and Recognition* (1994) und von Laurence Boulle und Kathleen Kelly *Mediation: Principles, Process, Practice* (1998) an. Das neu aufkommende Interesse an der Mediation stammte nicht nur aus den Vereinigten Staaten, sondern stützte sich außerdem auf die psychologischen Faktoren der Verkaufsverhandlungen: viel weiter kann man sich wohl nicht vom französischen Rechtsgedanken entfernen. Als jedoch 1995 das Gesetz vom 8. Februar die Einführung der Mediation in die französische Rechtsordnung bestimmte, blieb der gewünschte Erfolg aus. Dabei war das Verfahren der gütlichen Einigung bereits seit der Verordnung vom 20. März 1978 in der französischen Rechtsprechung bekannt; diese galt als spezielle Form der Fortsetzung der gütlichen Einigung, die während

der Französischen Revolution durch das Gesetz vom 16. und 24. August 1790 eingeführt wurde. Doch auch hier konnte sich die Praxis trotz des guten Willens der gerichtlich beauftragten Zivilstreitschlichter nur teilweise entwickeln; diese wurde größtenteils durch bestimmte Magistrate und nicht durch einen systematischen institutionellen Willen angetrieben. Man stellt sich folglich die Frage, wieso ein gütliches Verfahren wie die gütliche Einigung, welche vom Richter durchgeführt wird und aus einer französischen Gerichtstradition hervorging, die mindestens seit der Revolution existiert, keinen Anklang bei den Juristen findet. Die Abwendung von gütlichen Verfahren in Frankreich ist noch unverständlicher, wenn man bedenkt, dass die französische Zivilprozessordnung, welche am 1. Januar 1976 in Kraft trat, in Artikel 21 Folgendes bestätigt: „Der Richter ist nunmehr ebenso dafür zuständig, die Parteien auszusöhnen.“ Mediation und gütliche Einigung wurden in Wirklichkeit als konkurrierende Alternativen zur Staatsjustiz angesehen.

Der Friedensrichter (juge de paix) als Urvater: In Frankreich wird weitgehend der Fehler gemacht, dass die „MARD“ als „infrajustiziell“ (also auf einer engeren Ebene als auf Institutionsebene) und nicht als „außergerichtlich“ (also „außerhalb eines öffentlichen Verfahrens“) eingeordnet werden. Doch selbst letztere Aussage kann bestritten werden. Rechtsmittel, welche „außerhalb des Prozesses“ genutzt werden, sind nämlich nicht als Mittel anzusehen, die „außerhalb jeglichen Verfahrens“ verwendet werden. In diesem Fall muss man einen Blick auf die christliche Rechtsgeschichte, auf die Eintracht und den öffentlichen Frieden sowie die ursprünglichen Ausdrücke des Zeitalters der Franken werfen – ganz besonders, wenn man die Nutzung der Ordalien näher betrachten möchte, welche ein barbarisches Rechtsmittel des christlichen Glaubens darstellen, die im Grunde zu einer gütlichen Einigung führen sollen.

Die Befassung mit diesem Geschichtsabschnitt ermöglicht es zu verstehen, dass die *MARD* der französischen Kultur zugehörig sind, selbst wenn der rein römische Aspekt, welcher eine enge Anbindung an das Verfahren aufweist, seit der Französischen Revolution vorherrschend ist. Es ist interessant zu beobachten, dass die juristische Tradition, die aus der Revolution hervorging, sämtliche vorherigen Traditionen der mehr als zweitausend Jahre alten, christlichen Justiz auszulöschen versuchte. Diese neue und revolutionäre Rechtstradition – im heutigen Rechtsstaat – stützt sich auf eine tief greifende Umkehrung der Ideologie und Politik, deren Ursprünge im theologischen, politischen und juristischen Gedanken der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts liegen, welcher zu der Ansicht führte, dass das Recht dem Gesetz untergeordnet sein muss.

Den Höhepunkt dieser Entwicklung markierte die revolutionäre Gesetzgebung, welche es Berufsrichtern (welche zu dieser Zeit gewählt wurden) vorschrieb, ausschließlich Gesetze anzuwenden. Man gelangt nun zu dem Paradoxon, dass der revolutionäre Gesetzgeber die Rechtssubjekte dazu ermahnte, Rechtsstreitigkeiten durch eine gütliche Einigung beizulegen und den Richtern gleichzeitig untersagte, eine solche gütliche Einigung zu erzwingen; der Richter hatte sich damit zu begnügen, devot das Gesetz anzuwenden. Der Grund für die Einführung des Friedensrichters liegt darin, dass es sich nicht um Berufsrichter, sondern um Notabeln han-

delte, welche demzufolge nicht dazu verpflichtet waren, das Gesetz anzuwenden. Dementsprechend gilt es, die historische Vorannahme zu entkräften, laut welcher die gütliche Einigung vor dem Friedensrichter (zunächst revolutionär – Gesetz vom 16. und 24. August 1790 – anschließend kaiserlich – französische Zivilprozessordnung von 1806) ein direkter Vorgänger der gütlichen Einigung ist, die 1978 im Rahmen der „neuen Zivilprozessordnung“ eingeführt wurde. Dabei muss wiederholt werden, dass der Friedensrichter von der revolutionären Gesetzgebung eingeführt wurde, um den Richter davon abzuhalten, das Gesetz auszulegen: eine gütliche Einigung vor dem Friedensrichter schien ein guter Weg zu sein, um Prozesse einzudämmen, also das Gesetz der Auslegung des Richters zu unterwerfen. Dahingegen stellte die Begründung der übertragenen Konfliktbeilegung im Jahre 1978 eine Verlängerung (und Externalisierung) der Möglichkeit des Richters dar, die Parteien auszusöhnen, wenn er dies für möglich hält (Artikel 21 des *Code de procédure civile*).

Das Schwinden der friedensschaffenden Aufgabe des Richters oder das geschmählerte Amt des Richters: Dass dieser historische Überblick über die gütlichen Verfahren so manchem in Frankreich nicht sonderlich vertraut vorkommt, liegt daran, dass die ursprüngliche Aufgabe des Richters – die Wiederherstellung des öffentlichen Friedens – zu Gunsten eines schrumpfenden Amtes verloren ging, welches ausschließlich darin besteht, „Entscheidungen über Rechtsstreitigkeiten zu treffen“. Wann hat diese willentliche Einschränkung des Richteramts begonnen? Man ist wohl schnell dazu geneigt, die Schuld der Französischen Revolution aufgrund des von ihr ideologisch begründeten Legalismus zuzuschreiben. Dabei handele es sich tatsächlich um eine *apriorische*, einheitliche Sichtweise: da sich das Gesetz zum Ausdruck eines unfehlbaren Herrschers ((d. h. der *Volonté générale*) entwickelt), waren die Richter, die dieses Gesetz nicht auslegen konnten, ohne es zu korrumpieren, gezwungen, Rechtssachen entsprechend der Rechtsnorm zu entscheiden, die das Gesetz ihnen vorschreibt. Dabei wird jedoch vergessen, dass das Dogma des unfehlbaren souveränen Gesetzgebers nicht aus der Zeit der Revolution stammt: es existierte bereits seit der Zeit des Ancien Régime; die Revolution hat lediglich den Herrscher durch einen anderen (und den König durch die Nation) ersetzt.

Der Legalismus bildete sich bereits schleichend seit dem 15. Jahrhundert unter den Mathematikern und Theologen heraus und erlangte gegen Ende des 17. Jahrhunderts als Fortsetzung oder Folge des wissenschaftlichen Legalismus, deren Begründer Galileo Galilei ist, wissenschaftliche Bedeutung. Für Galilei geht es darum, „die Welt zu *geometrisieren*“, also sie, entsprechend des Prinzips *more geometrico*, von den Gesetzen der Natur abzuleiten. Es herrscht demnach eine natürliche Ordnung, die rechtlich bestimmt werden kann. So wie also Gesetze existieren, die die Natur beherrschen, müssen zivilrechtliche Gesetze gemäß einer natürlichen Ordnung bestimmt werden. Diesem Unterfangen widmete sich der berühmte französische Rechtsgelehrte Jean Domat von 1681 bis 1689, was ein vielversprechendes Werk hervorbrachte: *Les Loix civiles dans leur ordre naturel* (dt.: Zivilrecht in natürlicher Ordnung). Als enger Freund von Blaise Pascal stützt sich Domat in Zusammenarbeit mit dem Mathematiker auf den *Traité du triangle arithmétique* (dt.: Abhandlung über das arithmetische Dreieck) des letzteren (1654 verfasst, 1665

veröffentlicht), um daraus „[drei] Möglichkeiten zur Bestimmung von Prozessen und Rechtsstreitigkeiten“ abzuleiten: Vergleich (*transaction*), Schiedsgerichtsbarkeit (*arbitrage*) und der „gerichtliche Weg“ (*la voie de justice*), also die Entscheidung eines Richters, dessen Amt nunmehr darauf reduziert wird, „über Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden“ (Bernabé 2017).

Die Rückkehr zur historischen Konfliktlösung in Frankreich ist erhellend. Durch sie wird ersichtlich, dass das Richteramt nicht seit jeher darin bestand, ausschließlich „über Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden“, sondern ebenso darüber zu entscheiden, ob es möglich ist, die Parteien auszusöhnen. Die Wiederherstellung des zivilen Friedens ist und bleibt die allgemeine Aufgabe des Richteramts. Aus dieser Sicht ist das Wiederaufleben der „gütlichen Verfahren zur Lösung von Rechtsstreitigkeiten“ seit den 1990er-Jahren in diesem historischen Kontext neu einzuordnen. Nun erfährt die Moderne jedoch gleichzeitig einen Umbruch der Normentheorie. Die Globalisierung gesellschaftlicher – und demnach juristischer – Beziehungen führt zu einer Abflachung der Hierarchie der Normen: französische Richter werden dazu aufgefordert, Recht zu sprechen, obwohl diese nun nicht nur das monolithische französische Gesetz allein, sondern außerdem eine Fülle an Normen gleichen oder unterschiedlichen Werts (europäische Normen, ausländische Gesetze, Leit- oder Grundprinzipien...) berücksichtigen müssen. Der Richter muss nunmehr unter bestmöglicher Berücksichtigung des Rechts Entscheidungen treffen; er darf sich nun nicht mehr nur damit begnügen, einzig und allein das französische Gesetz, auch bei dessen Auslegung, anzuwenden. Dieser Paradigmenwechsel verpflichtet diesen nun dazu, das gesamte mittelalterliche Richteramt neu zu entdecken, welches mehr oder weniger bis Domat vorherrschte. Diese Neuentdeckung regt ebenso dazu an, die Justiz im Rahmen ihrer Beziehungen zur Staatsgewalt darzustellen.

3 Spezielle Forschungsfragen

Seit dem Mittelalter dehnt die Monarchie zunächst ihren Einfluss auf die Justiz aus; erst durch die Unterstützung seiner Untertanen kann der König gerecht herrschen. Ab dem 14. Jahrhundert wird der Monarch als Quelle und Brunnen der Gerechtigkeit angesehen (*fons iustitiae*). Durch die Gerichtsbarkeiten, die er in seinem Königreich errichtet, und die Entwicklung der Berufungs- und Revisionsverfahren stärkt der König seine Vorrechte – mit Unterstützung der *curia regis* und später des Rates sowie des Parlaments (Hilaire 1992a, 2008). Durch die Befreiung von der feudalen Mediatisierung wird der Monarch zunehmend souveräner und Vertreter des öffentlichen Interesses. Seine Funktion hängt von der Souveränität ab: sie ist die Grundlage seiner Macht und bestimmt ihren Umfang (Ourliac 1989). Der König gilt gegenüber seinem Volk als „großer Schuldner“ der Justiz: in seinem Krönungseid verpflichtet er sich dazu, diese Aufgabe gegenüber seinen Untertanen zu erfüllen; als Zeichen dieser Schuld wird ihm nach der Salbung und der Krönung die Hand der Justiz überreicht. Als Vertreter des Königs im Rahmen dieser Aufgabe wirken die königlichen Richter und Staatsanwälte – und in erster Linie die Parlamentarier – an

der Umsetzung und Erhaltung eines gerechten Staates mit. Da die Justiz ein Regierungsprinzip ist, lassen sich daraus die Aufgabe des Königs und seiner Vertreter sowie der rein gerichtliche und institutionelle Charakter ableiten, welche sich miteinander vermischen: der Ausdruck *jurisdictio* verleiht über seine eigentliche Bedeutung (Recht sprechen) hinaus dem Magistraten, welcher den König während seiner Abwesenheit vertritt und in seinem Namen Entscheidungen trifft, die dafür notwendige Befugnis (Soleil 2006). Aus dieser Sicht wirken sowohl der König als auch die Richter, ähnlich wie Gott, an der Verwirklichung der Gerechtigkeit mit. Allerdings wird durch die Antworten auf Klagen von Einzelpersonen und Gemeinden in Form von *lettres sur requêtes* das Erlassen von Gesetzen für den König nach und nach ein Mittel der Rechtsprechung.

Noch vor ihrer Anwendung „überprüfen“ (d. h. versachlichen) die Parlamente im Rahmen des Registrierungsverfahrens die Gesetze, welche durch die königliche Macht an sie gerichtet werden; sie stellen sicher, dass die Verordnungen die erforderlichen Eigenschaften aufweisen, um als Gesetz verabschiedet zu werden. Ab Ende des 13. bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts nimmt die Gültigkeitskontrolle von Rechtshandlungen, bei welcher diese auf die Einhaltung des Zivilrechts überprüft werden, im Wesentlichen durch die Initiative von Privatpersonen und gemäß den Formen des Zivilprozesses normativen Charakter an. Durch den „Vergleich“ (*jugement de comparaison*) überprüfen die Richter einerseits, ob die als Grundlage der Klage vorgelegten Fakten der Wahrheit entsprechen – das bedeutet, dass der Wille des Königs nicht verletzt wurde – und andererseits, ob die so beschlossene Maßnahme Dritten oder übergeordneten Normen wie Grundrechten oder königlichen Gesetzen schaden (Renoux-Zagamé 2011). Wenn das Gesetz als „zivilrechtlich“ (*civile*) angesehen wird, tragen die Parlamentarier dieses in ein Register ein (Eintragung), wenden dieses jedoch nur dann auf einen bestimmten Fall an, wenn sie dies nach bestem Wissen und Gewissen für notwendig halten. In diesem Fall vervollständigt der Richter das Gesetz: er vollendet es, bringt es zum endgültigen Abschluss, indem er es der Realität gegenüberstellt und gegebenenfalls die wahre Intention des Gesetzgebers erforscht, welche nur Gerechtigkeit oder darüber hinaus Billigkeit sein kann (Bernabé und Segala de Carbonnières 2013). Beenden (Fr. *arrêter*) die souveränen Gerichte durch ihre Verordnungen (*arrêts*) sämtliche Streitsachen zwischen den Prozessparteien, werden damit ebenso allgemeine Regelungen *erga omnes* sowie Referenzurteile, welche die Auslegung einer Rechtsnorm lenken sollen, festgelegt.

Die Beziehungen zwischen den gerichtlichen Institutionen und der politischen Gewalt entwickeln sich seit dem 15. bis 16. Jahrhundert, als das moderne Gesetz nach und nach dem Fürsten zufiel, welcher nicht nur Gesetze, sondern auch das Recht schlechthin schuf. Dieses Konzept entstammt zu großen Teilen der Denkweise Guillaume d'Occams (erste Hälfte des 14. Jahrhunderts). Ausgehend von der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts verkündet der König weitreichende Reformationsgesetze: der moderne Staat will dadurch das Recht und die Justiz für sich beanspruchen. Folglich erlebt der Magistrat schrittweise eine Veränderung seines Amtes; die Argumentation des Richters geht nunmehr in einen Syllogismus über, welcher sich größ-

tenteils aus dem Gesetz und zusätzlich aus dem vorliegenden, zu entscheidenden Fall und dem Abschluss desselben durch das Urteil zusammensetzt.

Dennoch musste der französische Richter – egal ob zu Königszeiten, während des Mittelalters, des Ancien Régime oder heutzutage – sich keinerlei Hierarchie oder politischen Ordnung unterordnen, auf die Gefahr hin, dass das Staatskonstrukt ins Wanken gerät, welches während des Mittelalters aufgebaut und unter dem Ancien Régime fertiggestellt wurde. Somit verfügen die Richter über eine große Macht und eine große Autorität, welche den französischen König dazu zwingt, im Bereich der Justiz Gesetze zu erlassen. Da er jedoch weder den Ritus ändern kann (unveränderlich und notwendig), noch Einfluss auf die Liturgie hat (frei durch den Richter beherrscht), vermehrt er die Gesetze für das Gerichtswesen oder abgeleitete Verfahren (Zuständigkeit, Fristen). Genauer gesagt entwickeln sich die Gesetze zum Gerichtswesen durch den heiligen Ludwig (Verordnung von 1254) – zu einem Zeitpunkt, an dem der König versucht, einen Staat aufzubauen. Das Gerichtswesen nimmt nach und nach staatliche Züge an; im 14. Jahrhundert erhält das Pariser Parlament durch königliche Verordnungen seinen Stil (Carbonnières 2008). Nach dem Hundertjährigen Krieg erlässt Karl VII. mehrere Gesetze, in der Absicht, eine politische Macht zu rekonstruieren; diese Gesetze ähnelten jenem von Saumur vom Oktober 1443, durch welches ein Parlament in Toulouse gegründet wurde, von Montils-lès-Tours vom Oktober 1446, bezüglich des Stils des Parlaments und von Montils-lès-Tours vom April 1454 (zuvor genannt). Dabei schrieb Artikel 125 den Kommunikationsstil dieser Gesetze sowie der Gewohnheiten vor. Die Gesetze verhärteten sich so stark, dass sie als Normen der rechtlichen Verwaltung angesehen werden (Residenzpflicht, Arbeitszeitenkontrolle der Magistrate, Organisation des Arbeitstages, einzureichende Berichte ...). Die legislativen Maßnahmen bezüglich des Gerichtswesens und der Verfahren werden somit zu den wichtigsten Elementen, wie die Bestimmungen der großen Verordnungen des 16. Jahrhunderts bezeugen: die Verordnungen von Villers-Cotterêts aus dem August 1539, von Orléans aus dem Januar 1561 und von Bois aus dem Mai 1579. Der Herrscher bringt darin seine Absicht zum Ausdruck, die Verfahrenstechniken zu verbessern, die Prozesse abzukürzen und eine einfachere, schnellere und weniger kostenintensive Justiz zu schaffen (Thireau 2008). Der Gedanke der Rationalisierung, ein wesentliches Element auf dem Weg zur Kodifikation, findet in den königlichen Verordnungen zunehmend Verwendung.

Nach den Wandlungen der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ist die Herrschaft von Ludwig XIV. entscheidend. Gerichten ist es von nun an nicht mehr möglich, im legislativen oder politischen Bereich einzugreifen. Obgleich solche Anordnungen keine Neuheit sind, weisen sie doch eine neue Intensität auf: der König wünscht, dass sie strikt angewendet werden. Der König erklärt, dass er der einzige Gesetzgeber ist und drängt die Parlamente in eine gerichtliche Funktion mit streng festgelegtem Umfang. Obwohl er eine derartige Kanalisierung der Parlamente durchführt, missachtet er sie dennoch nicht und behält ihnen die scheinbare Alleinberechtigung bezüglich der gerichtlichen Zuständigkeit vor (Hamscher 1987; Antoine 1993). Dafür glättet Ludwig XIV. die Wogen zwischen den Parlamenten und dem Parteienrat (*Conseil des parties*), einer der Strukturen des königlichen Rates.

Durch seine Zuständigkeit für die „vorbehaltene Gerichtsbarkeit“ des Herrschers (wie der Revision von Verordnungen der souveränen Gerichte oder der Richterregelung), steht der Rat hin und wieder mit den höheren Gerichten im Wettbewerb. Vier Monate nach seiner Machtergreifung erlässt der König durch den oben genannten Rat am 8. Juli 1661 einen Beschluss, welcher gezielt die Oberhoheit der Verordnungen des Rates gegenüber solchen der höheren Gerichte beschließt. Anschließend versucht Ludwig XIV. einen Kompromiss zwischen dem Rat und den höheren Gerichten zu finden. So stellt der Kanzler selbst innerhalb des Geheimrats sicher, dass die Verfahrensregeln eingehalten werden; darüber hinaus schützt er die Macht der untergeordneten Parlamente und zieht insbesondere die Parlamentarier bezüglich der Durchführung der Gesetzgebung zu Rate. Das erste große Gesetz in diesem Bereich ist die *Ordonnance civile pour la réformation de la justice* (dt.: zivilrechtliche Anordnung zur Reformation der Justiz, auch *Code Louis* oder *Code civil* genannt), welche von Ludwig XIV. in Saint-Germain-en-Laye im April 1667 in Auftrag gegeben wurde. Der König möchte damit die Schikanen der Parteien – und insgeheim auch jene der Staatsanwälte und Anwälte – bekämpfen, welche durch die juristische Vielfalt der Parlamente angetrieben wurden. Der Monarch strebt somit an, den verfahrensrechtlichen Rahmen zu beherrschen und den Richter dazu zu verpflichten, strikt das Gesetz anzuwenden. Um die Auslegung der *Ordonnance* durch die Magistrate zu vermindern, schlägt Colbert erstmalig vor, „die *Ordonnance* auf einen einzigen Bereich zu beschränken“ – hier etwa die Ziviljustiz – und „die alten und neuen Bestimmungen in einem einzigen Schriftstück zu vereinen“ (Clément 1861–1873 VI, S. 5). Dieses Mal geht es nicht mehr darum, die vorhergehenden Gesetze zusammenzutragen, sondern eine neue *Ordonnance* zu erlassen, die sämtliche Situationen einbezieht. Darüber hinaus müssen sämtliche Texte (egal ob Gesetz, Gewohnheit oder Stil), die nicht den Bestimmungen des Beschlusses en Revolutionäre den Einfluss der tsprechen, außer Kraft gesetzt werden. Die *Ordonnance* ist strukturiert, methodisch, verfügt über einen logischen und rationalen Aufbau und ist in Titel und kurze, bündige Artikel aufgeteilt. Der Text verfolgt im Wesentlichen das Ziel der „Einführung eines einheitlichen Stils“ entsprechend dem Wortlaut der Präambel in sämtlichen Gerichtsbarkeiten des Königreichs; hierin werden sämtliche in den verschiedenen Instanzen eines Zivilprozesses abgeschlossenen Formalitäten zusammengetragen. Diese Vereinfachung führte dazu, dass die Verfasser einen anklagenden, kontradiktorischen, mündlichen und öffentlichen Stil bevorzugten.

Da das Verfahren den Kern des Prozesses darstellt, hat es sich zu einem Streitobjekt für das königliche Frankreich sowie für alle entwickelt, die innerhalb Europas eine souveräne Macht ausüben. Als Quelle aller Gerechtigkeit stellt der König sicher, dass die in sämtlichen Prozessen durchgeführten Verfahren einen juristischen Ablauf befolgen. Nichtsdestotrotz kontrollieren die souveränen Gerichte deren Anwendung, indem sie das Gesetz des Königs interpretieren; die juristische Praxis untergräbt dabei merklich die königliche Gewalt.

Gegen Ende des Ancien Régime führten die konfliktreichen Beziehungen des Königs mit „seinen“ Richtern, welche insgeheim in ihrer legislativen Gewalt einen Aufschwung erfuhren, dazu, dass die Revolutionäre den Einfluss der Justiz reduzierten.

Aus diesem revolutionären Wunsch, die Richter in eine sehr präzise und dem Gesetz untergeordnete Rolle zu drängen, geht die Idee der „Gewaltenteilung“ hervor und wurde in die Tat umgesetzt. Diese Gewaltenteilung steht während der gesamten Entwicklung des Verfahrens im Mittelpunkt der Geschichte der Beziehungen zwischen dem König und den Richtern sowie im Mittelpunkt der Opposition zwischen den Richtern und dem König. Die Richter verfügen über so viel autonome Macht (gegen die auch der König nichts ausrichten kann), da sie in erster Linie ein unabhängiges Amt bekleiden: nämlich ein solches, im Rahmen dessen aufgrund eines Verfahrens, dessen Regelungen sich dem Einflussbereich des Königs entziehen (da, auch wenn der König das Gerichtswesen verändern kann, wenn er dies wünscht, er nicht das reine Verfahren ändern kann, welches der höchsten römischen Tradition entspringt), Recht gesprochen wird. Die Richter sind sowohl „Priester“ als auch „Beamte“, wodurch ihnen eine besondere Macht verliehen wird, welche über die Macht hinausgeht, die ihnen vom König übertragen wurde – eine größere Macht aufgrund der Unveräußerlichkeit der richterlichen Ämter, durch welche diese unabsetzbar wurden. Wir wollen noch einmal auf die Bezeichnung der *juges-prêtres* bzw. *juges-clercs* zurückkommen, um die Art der Beziehung der Justiz mit der Staatsmacht nachzuvollziehen.

Um die Probleme sowie die Umstände dieser Beziehung genauestens zu verstehen, soll die aktuelle Situation unseren Ausgangspunkt darstellen. In der französischen Verfassung vom 4. Oktober 1958 wird die Justiz nicht als eine „Gewalt“, sondern als eine „Autorität“ angesehen. So gibt es neben der *pouvoir exécutif* (Exekutivgewalt) und der *pouvoir législatif* (Legislativgewalt) keine *pouvoir judiciaire* (Judikativgewalt), sondern eine *autorité judiciaire* (Judikative). Die fehlende formelle Symmetrie verletzt das Prinzip der „Gewaltenteilung“. Gemäß dieser Theorie werden drei „Gewalten“ voneinander getrennt und miteinander ins Gleichgewicht gebracht, um rechtswirksam einen Rechtsstaat zu bilden (welcher nicht zwingend demokratisch ist). Ein Teil der konstitutionellen Doktrin drängt diese semantische Anomalie in die Belanglosigkeit, in der Annahme, dass die Justiz jenseits der Worte unabhängig und stabil ist und dass sie, laut dieser Annahme, als wahrhaftige „Gewalt“ agieren kann. Dennoch darf die juristische Strenge der Verfasser der Konstitution nicht unbeachtet gelassen werden. Gibt es, gemäß den Fakten, keinen Unterschied zwischen „Gewalt“ und „Autorität“, ist die Unterscheidung dennoch aus logischen Gründen wichtig und ermöglicht es, die historische Entwicklung der juristischen Institutionen besser nachzuvollziehen. Bei der ersten Lesung scheint tatsächlich eine Art Hierarchie zwischen „Gewalt“ und „Autorität“ zu herrschen, wobei die Gewalt einen höheren Stellenwert genießt als die Autorität. Woher stammt dieser Eindruck? Das Volk, welches „in einem Körper vereinigt ist“ (Rousseau), kann seine souveräne Macht durch Wahlen auf die Versammlungen (Nationalversammlung und Senat) übertragen, um seine legislativen Absichten auszudrücken und indem es jene ernennt, die diese Absichten in die Tat umsetzen (Exekutive). Die Richter müssen ihrerseits „das Gesetz entsprechend der Sachlage anwenden“; ebenso sind einige von ihnen (Staatsanwaltschaft) direkt der Kriminalpolitik der Exekutive unterstellt (Justizministerium). Darüber hinaus werden diese Magistrate

nicht vom Volk ernannt und nicht gewählt (außer für eine kurze Zeit während der Revolution), obwohl sie „im Namen des französischen Volkes“ Recht sprechen. Durch welchen mysteriösen Vorgang fällt die französische Richterschaft Urteile im Namen des Volkes, ohne jemals durch ihre Stimmen dafür bestellt worden zu sein? Hier verrichtet die „Autorität“, welche fälschlicherweise als der „Gewalt“ untergeordnet betrachtet wird, ihr Werk und stellt durch ihre spezifische Natur, welche über die Wahl hinaus geht, die Rechtmäßigkeit der Handlungen der ernannten und nicht gewählten Richter sicher. Außerdem haben die Verfasser der Konstitution, welche weit davon entfernt waren, ein Wort mit einem anderen zu verwechseln, die richtigen Worte gebraucht.

Tatsächlich hat die Autorität (*auctoritas*), welche lange Zeit als der Gewalt (*potestas*) übergeordnet galt, ihren Ursprung im „Charisma der römischen Auspizien“, in einer ursprünglichen Funktion der römischen Prätores, welche mit einem überdurchschnittlichen Scharfsinn gesegnet waren; für all jene, die nicht über einen solchen Scharfsinn verfügten, implizierte diese Funktion trotz allem eine gewisse Autorität und demnach Überlegenheit (Bernabé 2013a). Dieser Zuwachs an Scharfsinnigkeit, welche beim Richter vorausgesetzt wird, muss von ihm öffentlich bewiesen werden. Unterstützung erhält er dabei von der Verfahrensform, welche ihm einen doppelten Mehrwert zuspricht: einerseits ist der Richter verpflichtet, sich an die grundlegenden Aspekte der Verfahrensform zu halten und dank dieser strengen Einhaltung der Form (Einhaltung des Rituals) kann der Richter seine Autorität demonstrieren; andererseits kann der Richter über bestimmte Aspekte der Liturgie frei walten, was seine überlegene Position gegenüber den Rechtssubjekten verstärkt (Bernabé 2016b). Als Prätor (welcher Teil eines unabänderlichen Rituals ist und gleichzeitig Freiheiten in einer flexiblen Liturgie genießt) bekleidet der Richter außerdem ein unabhängiges Amt der politischen Macht, obgleich er ein Staatsbeamter ist. Als Geistlicher unterliegt der Richter einem öffentlichen Status, welcher an eine Hierarchie gebunden ist; als Prätor sind seine Verwaltungshandlungen, die er *ex officio* tätigt, von dieser Hierarchie, welcher er sich als Geistlicher unterordnen muss, völlig unabhängig (zum Thema „Richter als Prätor“ und „Richter als Geistlicher“, siehe die gegensätzlichen Auffassungen von Jacques Krynen (2009–2012) und Robert Jacob (2014)).

Die Anzahl der Veröffentlichungen zur Justizgeschichte ist beträchtlich. Die vorliegende Bibliografie betrifft in großen Teilen die zivilrechtlichen Konflikte im modernen und revolutionären Frankreich, also von der zweiten Hälfte des 15. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Von allen denkbaren Darstellungen erschien die alphabetische Auflistung am besten geeignet. Neben den repräsentativsten Werken wurden die aktuellsten Beiträge bevorzugt. Gegebenenfalls und je nach Relevanz wurden Verweise zum Mittelalter und für das 19. Jahrhundert hinzugefügt. Eine große Anzahl an Werken, die ausschließlich von regionalgeschichtlicher Bedeutung sind, wurde nicht berücksichtigt. In dieser Liste erscheint ein Werk (2008 erschienen, online zugänglich), welches das behandelte Thema perfekt abdeckt: *La résolution des conflits. Justice publique et justice privée : une frontière mouvante* unter Leitung von Serge Dauchy, Véronique Demars-Sion, Annie Deperchin und Tanguy Le

Marc'hadour (Zentrum für Rechtsgeschichte Lille/GIP mission de recherche droit et justice). Darin werden schrittweise und erkenntnistheoretisch die Ansätze und Konflikte im straf-, familien-, völker- und handelsrechtlichen Bereich sowie zwischen Regierenden und Regierten behandelt:

<http://www.gip-recherche-justice.fr/wp-content/uploads/2014/07/05-14-RF.pdf>

Eine Zusammenfassung ist ebenfalls online verfügbar und kann über folgenden Link aufgerufen werden:

<http://www.gip-recherche-justice.fr/wp-content/uploads/2014/07/05-14-NS.pdf>

Schließlich seien zwei weitere Webseiten genannt:

- „BibliParl“. Bibliographie internationale, thématique et critique des Parlements de Paris et d'ailleurs“: <http://bibliparl.huma-num.fr/bibliographie/>
- „Criminocorpus“. Bibliographie de l'histoire de la justice française (1789–2011)“: <https://criminocorpus.hypotheses.org/5726>

4 Bibliographie

- Acerra M (1982) Les avocats du Parlement de Paris. *Histoire, Économie & Société* 2:213-225
- Alvazzi del Frate P (1999) Il giudice naturale. Prassi e dottrina in Francia dall' Ancien Régime⁴ alla Restaurazione. Viella, Roma
- Alvazzi del Frate P (2005) Giurisprudenza e référé législatif in Francia nel periodo rivoluzionario e napoleonico. Giappichelli, Torino
- Alvazzi del Frate P (2011) Giustizia e garanzie giurisdizionali. *Apunti di storia degli ordinamenti giudiziari*. Giappichelli, Torino
- Anagnostou-Canas B (Hrsg) (2006) *Dire le droit. Normes, juges, jurisconsultes*. Panthéon-Assas, Paris
- Andrieux JP (2012) *Histoire de la jurisprudence. Les avatars du droit prétorien*. Vuibert, Paris
- Antoine M (1970) *Le Conseil du Roi sous le règne de Louis XV*. Droz, Genève (Neuaufgabe 2014)
- Antoine M (1993) *Les remontrances des cours supérieures sous le règne de Louis XIV (1673–1715)*. Bibliothèque de l'École des chartes 151:87–122
- Assier-Andrieu L (Hrsg) (2015) *L'indépendance des avocats. Le long chemin d'une liberté*. Dalloz, Paris
- Association Française des Historiens des Idées Politiques (2010) *Un dialogue juridico-politique. Le droit naturel, le législateur et le juge*. Presses de l'Université d'Aix-Marseille, Aix-en-Provence
- Association Française des Historiens des Idées Politiques (2014) *Justice et État*. Presses de l'Université d'Aix-Marseille, Aix-en-Provence
- Aubert G, Chaline O (Hrsg) (2010) *Les Parlements de Louis XIV. Opposition, coopération, autonomisation ?* Presses universitaires de Rennes/Société d'histoire et d'archéologie de Bretagne, Rennes
- Autorenkollektiv (1999) *Le Conseil d'État avant le Conseil d'État*. *Revue administrative*, Sondernummer 3
- Autorenkollektiv (2006) *Histoire de l'intérêt général*. *Histoire et archives* 19
- Autrand F (1981) *Naissance d'un grand corps de l'État. Les gens du Parlement de Paris, 1345–1454*. Publications de la Sorbonne, Paris

- Auzary-Schmaltz B, Hilaire J (2007) Les villes et la Justice d'après les archives du Parlement aux XIII^e et XIV^e siècles. In: Chiffolleau J, Gauvard C, Zorzi A (Hrsg) *Pratiques sociales et politiques judiciaires dans les villes de l'Occident à la fin du Moyen Âge*. École française de Rome, Rome, S 81–93
- Badinter R (Hrsg) (1989) *Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française*. Fayard, Paris
- Baker JH (Hrsg) *Judicial records, law reports and the growth of case law*. Duncker & Humblot, Berlin
- Band P, Getzler J (Hrsg) (2012) *Judges and judging in the history of the common law and civil law from antiquity to modern times*. Cambridge University Press, Cambridge
- Barthélemy D (1988) Diversité des ordalies médiévales. *Revue historique* 280:3–25
- Bartlett R (1986) Trial by fire and water. In: *The medieval judicial Ordeal*. Clarendon Press, Oxford
- Basdevant-Gaudemet (2014) *Histoire du droit canonique et des institutions de l'Église latine, XV^e–XX^e siècle*. Economica, Paris
- Bercé YM, Soman A (Hrsg) (1995) *La justice royale et le parlement de Paris (XIV^e–XVII^e siècle)*. Bibliothèque de l'École des chartes 153
- Bernabé B (2007) La rhétorique de la guerre dans le procès médiéval. In: Centre d'études et de recherches d'histoire des idées et des institutions politiques (Hrsg) *Penser la guerre*. Presses universitaires d'Aix-Marseille, Aix-en-Provence, S 31–46
- Bernabé B (2009) *La récusation des juges. Étude médiévale, moderne et contemporaine*. Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris
- Bernabé B (2011) La moralité des juges. Construction doctrinale d'une déontologie (XVI^e–XVII^e siècle) Réflexions sur un anachronisme. In: Chamocho Cantudo MA (Hrsg) *Droits et mœurs. Implication et influence des mœurs dans la configuration du droit*. Universidad de Jäen, Jäen, S 479–509
- Bernabé B (2012) Une vision historique de la médiation judiciaire. Deuxième essai de génétique juridique. In: Osman F (Hrsg) *La médiation en matière civile et commerciale*. Bruylant, Bruxelles, S 17–29
- Bernabé B (2013a) L'autorité du juge et la recherche de l'adhésion. *Les cahiers de la justice* 2:151–162
- Bernabé B (2013b) Redécouvrir l'office créateur du juge. *Les cahiers de la justice* 3:27–32
- Bernabé B (2014a) Les chemins de l'amiable résolution des différends. *Les cahiers de la justice* 4:633–643
- Bernabé B (2014b) Les modes amiables de résolution des différends et l'office du juge. La tierce voie. *Revue Justice Actualité* 12:10–21
- Bernabé B (2015) Hypothèse de recherche autour de la distinction et du rapport entre '*ius dicere*' et '*ius iudicare*'. In: Basdevant-Gaudemet B, Jankowiak F, Roumy F (Hrsg) '*Plenitudo juris*'. Mélanges en hommage à Michèle Bégou-Davia. Mare & Martin, Paris, S 113–127
- Bernabé B (2016a) À la source du pouvoir modérateur du juge. Notice sur les origines de l'article 21 du code de procédure civile. In: Kranjc J (Hrsg) *Le juge dans l'histoire. Entre création et interprétation du droit*. Pravnik. Revija za pravno teorijo in prakso 133:107–115
- Bernabé B (2016b) L'office du juge et la liturgie du juste. Éloge juridique de la forme. *Cahiers philosophiques* 147:48–67
- Bernabé B (2017) Des manières de terminer les procès et les différends, et de l'ordre judiciaire. J. Domat, 1697, *Le Droit public*, 1697, livre IV. In: Mastor W, Benetti J, Égée P, Magnon X (Hrsg) *Les grands discours de la culture juridique*. Dalloz, Paris, S 213–231
- Bernabé B, Cartier E (2013) L'introduction d'un nouveau gène dans le procès. In: Cartier E (Hrsg) *La QPC, le procès et ses juges. L'impact sur le procès et l'architecture juridictionnelle*. Dalloz, Paris, S 1–18
- Bernabé B, Godin X (2014) Actualité de l'histoire de la justice. In: Krynen J, d'Alteroche B (Hrsg) *L'histoire du droit en France. Nouvelles tendances, nouveaux territoires*, Classiques Garnier, Paris, S 291–326

- Bernabé B, Segala de Carbonnières S (2013) La culture judiciaire et l'office de la Cour de cassation. In: Cartier E (Hrsg) *La QPC, le procès et ses juges. L'impact sur le procès et l'architecture juridictionnelle*. Dalloz, Paris, S 346–357
- Bernaudeau V, Nandrin JP, Rochet B, Rousseaux X, Tixhon A (Hrsg) (2008) *Les praticiens du droit du Moyen Âge à l'époque contemporaine. Approches prosopographiques*. Belgique, Canada, France, Italie, Prusse. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Blaufarb R (2016) Conflits et compromis. La politique au village à l'époque moderne. In: Bonin P, Cosandey F, Haddad É, Rousselet-Pimont A (Hrsg) *À la croisée des temps. Approches d'histoire politique, juridique et sociale*. Presses universitaires de Rennes, Rennes, S 157–165
- Bloch C, Hilaire J (1988a) Interpréter la loi. Les limites d'un grand débat révolutionnaire. In: Koster-van Dijk JMI, Wijffels A (Hrsg) *Miscellanea Forensia Historica. Ter gelegenheid van het afscheid van Prof. mr. J. Th. de Smidt*. Werkgroep Grote Taad van Mechelen, Amsterdam
- Bloch C, Hilaire J (1988b) Nouveauté et modernité du droit révolutionnaire. La procédure civile. In: Vovelle M (Hrsg) *La Révolution et l'ordre juridique privé. Rationalité ou scandale? Bd 2*. Presses universitaires de France, Paris, S 469–482
- Bloch C, Hilaire J (1989) Connaissance des décisions de justice et origine de la jurisprudence. In: Baker JH (Hrsg) *Judicial records, law reports, and the growth of case law*. Duncker & Humblot, Berlin, S 47–68
- Bonzon A (2015) Justice personnelle, justice institutionnelle et pacification. L'action des lazaristes aux XVII^e et XVIII^e siècles. In: Gauvard C, Zorzi A (Hrsg) *La vengeance en Europe, XII^e–XVIII^e siècles*. Publications de la Sorbonne, Paris, S 287–306
- Boucher P (Hrsg) (1989) *La Révolution de la Justice. Des lois du roi au droit moderne*. Jean-Pierre de Monza, Paris
- Boulet-Sautel M (1990) La cassation sous l'Ancien Régime. In: Association des magistrats et anciens magistrats (Hrsg) *Le Tribunal et la Cour de cassation, 1790–1990. Volume jubilaire*. Litec, Paris, S 1–24
- Boulle L, Kelly KJ (1998) *Mediation. principes, process, practice*. Butterworths, Toronto
- Boyer G (1960) La notion d'équité et son rôle dans la jurisprudence des Parlements. In: Université de Toulouse. Faculté de droit et des sciences économiques (Hrsg) *Mélanges offerts à Jacques Maury, Bd 2*. Dalloz & Sirey, Paris, S 257–282
- Bredin JD (1989) Sieyès et le „jurii“ civil. In: Badinter R (Hrsg) *Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française*. Fayard, Paris, S 189–203
- Brizay F, Follain A, Sarrazin V (2002) *Les Justices de Village. Administration et justices locales de la fin du Moyen Âge à la Révolution*. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Brown P (1975) Society and the supernatural. A medieval change. *Daedalus* 104:133–151. Brown P (1982) Society and the holy in the late antiquity. Faber and Faber, London 1982, S 302. Brown P, Rousselle A [Übersetzerin] (1985) La société et le sacré dans l'Antiquité tardive. Seuil, Paris, S 245–272
- Bush RAB, Folger JP (1994) *The promise of mediation. Responding to conflict through empowerment and recognition*. Jossey-Bass, San Francisco. – Neuauflage: Bush RAB, Folger JP (2005) *The promise of mediation. The transformative approach to conflict. Revised edition*. Jossey-Bass (Wiley), San Francisco = Bush RAB, Folger JP (2018) *La médiation transformative. Une approche non directive du conflit*. Érès, Toulouse
- Cadiet L (Hrsg) (2004) *Dictionnaire de la Justice*. Presses universitaires de France, Paris
- Cadiet L, Canivet G (Hrsg) (2006) 1806–1976–2006. De la commémoration d'un code à l'autre. 200 ans de procédure civile en France. Litec, Paris
- Cadiet L, Normand J, Amrani Mekki S (2013) *Théorie générale du procès*. 2. Aufl. Presses universitaires de France, Paris
- Cadiet L, Dauchy S, Halpérin JL (Hrsg) (2014) *Itinéraires d'histoire de la procédure civile, Bd 1: Regards français*. Institut de recherche juridique de la Sorbonne, Paris
- Carbasse JM (1999) Le juge entre la loi et la justice. Approches médiévales. In: Carbasse JM, Depambour-Tarride L (Hrsg) *La conscience du juge dans la tradition juridique européenne*. Presses universitaires de France, Paris, S 67–94

- Carbasse JM (Hrsg) (2000) Histoire du parquet. Presses universitaires de France, Paris
- Carbasse JM (2007) Justice „populaire“, justice savante. Les consulats de la France méridionale (xii^e–xiv^e siècles). In: Chiffolleau J, Gauvard C, Zorzi A (Hrsg) Pratiques sociales et politiques judiciaires dans les villes de l'Occident à la fin du Moyen Âge. École française de Rome, Rome, S 347–364
- Carbasse JM (2014) Histoire du droit pénal et de la justice criminelle 3. Aufl. Presses universitaires de France, Paris
- Carbasse JM, Depambour-Tarride L (Hrsg) (1999) La conscience du juge dans la tradition juridique européenne. Presses universitaires de France, Paris
- de Carbonnières L (2004) La procédure devant la chambre criminelle du Parlement de Paris au xiv^e siècle. Société des Amis des Archives de France/H. Champion, Paris
- Carbonnières L de (2006) La vision de la procédure selon Pierre Gilbert de Voisins. In: Hoareau-Dodinau J, Métairie G, Texier P (Hrsg) Procéder. Pas d'action, pas de droit ou pas de droit, pas d'action ? Presses universitaires de Limoges, Limoges, S 185–199
- Carbonnières L de (2008) Le style du parlement de Paris et la législation royale (XIV^e-XV^e siècle). In: Hautebert J, Soleil S (Hrsg) Modèles français, enjeux politiques et élaboration des grands textes de procédure en Europe, Bd 2. Éditions Juridiques et Techniques, Paris, S 171–193
- Carroll S (2003) The peace in the feud in sixteenth- and seventeenth-century France. *Past Present* 178:74–115
- Castan N (1988) Le contentieux privé à la fin du xviii^e siècle et son mode de règlement. In: Vovelle M (Hrsg) La Révolution et l'ordre juridique privé. Rationalité ou scandale ? Bd 2. Presses universitaires de France, Paris, S 409–415
- Cayla O, Renoux-Zagamé MF (Hrsg) (2001) L'office du juge. Part de souveraineté ou puissance nulle ? Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris
- Cazals G, Geonget S (Hrsg) (2014) Des „arrêts parlans“. Les arrêts notables à la Renaissance entre droit et littérature. Droz, Genève
- Chaline O (Hrsg) (2010) Cassations et évocations. Le Conseil du Roi et les Parlements au xviii^e siècle. *Histoire, Économie & Société*, 3
- Charageat M (Hrsg) (2014) Conseiller les juges au Moyen Âge. Presses universitaires du Mirail, Toulouse
- Chatel de Brancion L (Hrsg) (2001) Cambacérès, fondateur de la justice moderne. Monelle Hayot, Saint-Rémy-en-l'Eau
- Chauvaud (1995) Le juge, le tribun et le comptable. Histoire de l'organisation judiciaire entre les pouvoirs, les savoirs et les discours (1789–1930). Anthropos, Paris
- Chauvaud F (Hrsg) (1999) Le sanglot judiciaire. La désacralisation de la justice (viii^e-xx^e siècles). Créaphis, Grâne
- Chauvaud F (2002) La justice en France, 1739–1939. Un modèle à l'épreuve ? *Crime, Histoire & Sociétés*, S 105–125
- Chauvaud F, Petit JG, Yvoret JJ (2007) Histoire de la Justice de la Révolution à nos jours. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Chauvaud F, Jean Y, Willemez L (2011) Justice et sociétés rurales du xvi^e siècle à nos jours – Approches pluridisciplinaires. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Cheyette FL (1970) Suum cuique tribuere. *French Hist Stud* 6:287–299
- Chiffolleau J, Gauvard C, Zorzi A (Hrsg) (2007) Pratiques sociales et politiques judiciaires dans les villes de l'Occident à la fin du Moyen Âge. École française de Rome, Rome
- Clay T (2004) Une erreur de codification dans le Code civil. Les dispositions sur l'arbitrage. In: Lequette Y, Leveneur L (Hrsg) 1804–2004, le Code civil. Un passé, un présent, un avenir. Dalloz, Paris, S 693–713
- Clay T (2005) Le modèle pour éviter le procès. In: Revet T (Hrsg) Code civil et modèles. Des modèles du Code au Code comme modèle. Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris, S 51–73
- Clément P (1861–1873) Lettres, instructions et mémoires de Colbert. Imprimerie impériale/nationale, Paris

- Clère JJ (1981) L'arbitrage révolutionnaire. Apogée et déclin d'une institution (1790–1806). In: *Revue de l'arbitrage* 1:3–28
- Clère JJ (1989) Recherches sur l'histoire de la conciliation en France aux XVIII^e et XIX^e siècles. *Mémoires de la Société pour l'histoire du droit et des institutions des anciens pays bourguignons, comtois et romands* 46:191–213
- Collin P (Hrsg) (2016) *Justice without the state within the state. Judicial self-regulation in the past and present*. Klostermann, Frankfurt am Main
- Commaillé J (1989a) Les formes de justice comme mode de régulation de la famille, questions sociologiques posées par les tribunaux de famille sous la Révolution française. In: Théry I, Biet C (Hrsg) *La Famille, la Loi, l'État de la Révolution au Code civil*. Centre Georges Pompidou/Imprimerie nationale, Paris, 274–291
- Commaillé J (1989b) Les tribunaux de famille sous la Révolution. Recours à l'histoire comme contribution à une sociologie de la justice et des relations privé-public. In: Badinter R (Hrsg) *Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française*. Fayard, Paris, S 205–223
- Condorelli O, Roumy F, Schmoeckel M (Hrsg) (2009–2014) *Der Einfluss der Kanonistik auf die europäische Rechtskultur*. Böhlau, Köln/Weimar/Wien
- Coquard C, Durand-Coquard C (2003) Témoin, reflet, acteur ? Le rôle social du juge de paix en Révolution. In: Petit JG (Hrsg) *Une justice de proximité, la justice de paix (1790–1958)*. Presses universitaires de France, Paris, S 53–64
- Cordes A (Hrsg) (2006) *Juristische Argumentation – Argumente der Juristen*. Böhlau, Köln/Weimar/Wien
- Cordes A, Dauchy S (Hrsg) (2013) *Eine Grenze in Bewegung. Private und öffentliche Konfliktlösung im Handels- und Seerecht. Une frontière mouvante. Justice privée et justice publique en matière commerciales et maritimes*. Oldenbourg, München
- Daubresse S (2005) *Le Parlement de Paris ou la voix de la raison (1559–1589)*. Droz, Genève
- Dauchy S (1988a) Les voies de recours extraordinaires. Propositions d'erreur et requête civile (de l'ordonnance de saint Louis jusqu'à l'ordonnance de 1667). Presses universitaires de France, Paris
- Dauchy S (1988b) L'apparition et la nature de la requête civile dans l'ancien droit français selon la jurisprudence du Parlement de Paris. In: Nève PL, Moorman van Kappen O (Hrsg) *Conservare jura*. Kluwer, Deventer, S 13–21
- Dauchy S (1993a) Aux origines des voies de recours extraordinaires. La proposition d'erreur. *Cahiers du Centre de recherches en histoire du droit et des institutions* 1:91–103
- Dauchy S (1993b) Les formes sont à la justice de la République ce que le pendule est à l'horloge ! Les observations des cours d'appel sur le projet de code de procédure civile de l'an XIII. In: Lorgnier J, Martinage R, Royer JP (Hrsg) *Justices et République(s). L'Espace juridique*, Lille, S 289–297
- Dauchy S (1996) Cours souveraines et genèse de l'État. Le Parlement de Paris. In: Diestelkamp B (Hrsg) *Oberste Gerichtsbarkeit und zentrale Gewalt im Europa der Frühen Neuzeit*. Böhlau, Köln, S 45–72
- Dauchy S (1997) Les recueils privés de 'jurisprudence' aux Temps Modernes. In: Wijffels A (Hrsg) *Case law in the making. The techniques and methods of judicial records and law reports*, Bd 1: essays. Duncker & Humblot, Berlin, S 237–247
- Dauchy S (1999a) Le recours contre les décisions arbitrales en perspective historique. Aux origines des articles 1481–1491 NCPC. *Revue de l'arbitrage* 4:763–783
- Dauchy S (1999b) Les recours contre les sentences arbitrales au Parlement de Paris (XIII^e et XIV^e siècles). La doctrine et la législation à l'épreuve de la pratique judiciaire. *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 67:255–311
- Dauchy S (2004) La diplomatique, garantie du respect de la procédure civile. L'exemple des accords en Parlement au XV^e siècle. In: Nicolaj G (Hrsg) *La diplomatica dei documenti giudiziari (dai placiti agli acta – secc. XII–XV)*. Ministero per i beni e le attività culturali, Rome, S 83–94
- Dauchy S (2006) La conception du procès civil dans le Code de procédure civile de 1806. In: Cadet L, Canivet G (Hrsg) *1806–1976–2006. De la commémoration d'un code à l'autre. 200 ans de procédure civile en France*. Litec, Paris, S 77–89

- Dauchy S (2008) La médiation en perspective historique. In: van Rhee CH, Heibaut D, Storme M (Hrsg) *The French code of civil procedure (1806) after 200 years. The civil procedure tradition in France and abroad*. Kluwer, Ghent, S 77–88
- Dauchy S (Hrsg) (2009) *Les modes de résolution des conflits entre gouvernants et gouvernés*. Cahiers du Centre de recherches en histoire du droit et des institutions, Facultés universitaires Saint-Louis, Brüssel, 31
- Dauchy S (2012) L'art de convaincre et ses limites. ‚*Ars persuasionis*‘ en matière civile dans la France d'Ancien Régime. Entre rhétorique des parties et dialectique du juge. In: Durand B (Hrsg) ‚*Ars Persuasionis*‘. Entre doute et certitude. Duncker & Humblot, Berlin, S 77–88
- Dauchy S (2015) Judicial and extrajudicial conflict resolution in the code de procédure civile of 1806. Between historical heritage and revolutionary innovation. In: Cordes A (Hrsg) *Mit Freundschaft oder mit Recht? Inner- und außergerichtliche Alternativen zur kontroversen Streitentscheidungen im 15.–19. Jahrhundert*. Böhlau, Köln/Weimar/Wien, S 269–280
- Dauchy S, Azuary B (1997) L'assistance dans la résolution des conflits au civil devant le Parlement de Paris au Moyen Âge. L'assistance dans la résolution des conflits. Recueils de la Société Jean Bodin pour l'histoire comparative des institutions 64(3):41–83
- Dauchy S, Demars-Sion V (Hrsg) (2001) *Juges et criminels. Études en hommage à Renée Martine Ester*. Ester, Hellemmes
- Dauchy S, Demars-Sion V (2004) La non-motivation des décisions judiciaires sous l'Ancien Régime. Usage ou principe? *Revue historique de droit français et étranger* 82:223–239
- Dauchy S, Demars-Sion V (Hrsg) (2005) *Les recueils d'arrêts et dictionnaires de jurisprudence (xvi^e–xviii^e siècles)*. La Mémoire du Droit, Paris
- Dauchy S, Humbert S, Royer JP (Hrsg) (1995) *Le juge de paix. Nouvelles contributions européennes*. Centre d'histoire judiciaire, Lille
- Dauchy S, Demars-Sion V, Deperchin A, Le Marc'hadour T (Hrsg) (2008) *La résolution des conflits. Justice publique et justice privée. Une frontière mouvante*. Centre d'histoire judiciaire/GIP mission de recherche droit et justice, Lille
- Daussy H, Pithou F (Hrsg) (2007) *Hommes de loi et politique (xvi^e–xviii^e siècles)*. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Demars-Sion V (2005) Une expérience d'arbitrage forcé. *Les tribunaux de famille révolutionnaires*. *Revue historique de droit français et étranger* 83:385–420
- Demars-Sion V, Dauchy S (2006) La non motivation des décisions judiciaires dans l'ancien droit français. Un usage controversé. In: Bryson WH, Dauchy S (Hrsg) ‚*Ratio decidendi*‘. Guiding principles of judicial decisions, Bd 1: case law. Duncker & Humblot, Berlin, S 87–116
- Deperchin A, Derasse N, Dubois B (Hrsg) (2004) *Figures de justice. Études en l'honneur de Jean-Pierre Royer*. Centre d'histoire judiciaire, Lille
- Descamps O (2013) Le déclin des officialités à l'époque moderne. In: Arabeyre P, Basdevant-Gaudemet B (Hrsg) *Les clercs et les princes. Doctrines et pratiques de l'autorité ecclésiastique à l'époque moderne*. École des chartes, Paris, S 195–211
- Descamps O (2014) Aux origines de la procédure sommaire. Remarques sur la constitution *Saepe contingit* (Clem., V, 11, 2). In: Mausen Y, Condorelli O, Roumy F, Schmoeckel M (Hrsg) *Der Einfluss der Kanonistik auf die europäische Rechtskultur*, Bd 4. Böhlau, Köln/Weimar/Wien, S 45–63
- Descamps O, Hildesheimer F, Morgat-Bonnet M (2012) *Le Parlement en sa cour. Études en l'honneur du Professeur Jean Hilaire*. Champion, Paris. *Histoire et archives* 11 (Sonderheft)
- Di Donato F (1996) La puissance cachée de la robe. L'idéologie du juriste moderne et le problème du rapport entre pouvoir judiciaire et pouvoir politique. In: Jacob R (Hrsg) *Le juge et le jugement dans les traditions juridiques européennes. Études d'histoire comparée*. Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris, S 89–116
- Di Donato F (2003) *L'ideologia dei ‚robins‘ nella Francia dei Lumi. Costituzionalismo e assolutismo nell'esperienza politico-istituzionale della magistratura di antico regime (1715–1788)*. Edizioni Scientifiche Italiane, Napoli
- Di Donato F (2006) De la médiation patriarcale à la médiation bureaucratique. Considérations sur le „gouvernement des juges“. In: de Béchillon D, Brunet P, Champeil-Desplats V, Millard É

- (Hrsg) *L'architecture du droit. Mélanges en l'honneur de Michel Troper*. Économica, Paris, S 387–406
- Di Donato F (2010a) *La rinascita dello Stato. Dal conflitto magistratura-politica alla civilizzazione istituzionale europea*. Il Mulino, Bologna
- Di Donato F (2010b) *Le conflit entre magistrature et pouvoir politique dans la France moderne*. In: Coelho MEC, Tavares Ribeiro MM (Hrsg) *Parliaments. The law, the practice and the representations. From the middle ages to the present day*. Assembleia da Republica, Lisboa, S 259–292
- Di Donato F (2012) *La ricerca storica sulla magistratura. Aspetti metodologici e linee prospettiche. Le carte e la storia* 2:5–32
- Di Donato F (2013) *La hiérarchie des normes dans l'ordre juridique, social et institutionnel de l'Ancien Régime*. *Revus. J Const Theory Philos Law* 21:237–292
- Dikè. Groupe de recherche sur les cultures juridiques en Europe (2016) *Histoire des justices en Europe, Bd 1: Valeurs, représentations, symboles (2014–2015)*. Université Toulouse I Capitole, Toulouse
- Dolan C (Hrsg) (2005) *Entre justice et justiciables. Les auxiliaires de justice du Moyen Âge au xx^e siècle*. Presses de l'Université Laval, Laval (Québec)
- Dounot C (2013) *L'œuvre canonique d'Antoine Dadine d'Auteserre (1602–1682). L'érudition au service de la juridiction ecclésiastique*. Librairie générale de droit et de jurisprudence/Presses de l'Université Toulouse I Capitole, Paris
- Dupuis-Berruex M (2012) *Le juge naturel dans le droit de l'ancienne France*. Fondation Varenne/ Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris
- Durand B, Mayali L, Padoa-Schioppa A (Hrsg) (2005) *Staatsanwaltschaft. Europäische und amerikanische Geschichten*. Klostermann, Frankfurt am Main
- Durand D (2005) *Le curé, médiateur social aux xvii^e et xviii^e siècles*. In: Barbiche B, Poussou JP, Tallon A (Hrsg) *Pouvoirs, contestations et comportements dans l'Europe moderne. Mélanges en l'honneur du professeur Yves-Marie Bercé*, Presses de l'Université Paris-Sorbonne, Paris, S 714–731
- Endres P (1985) *Die französische Prozeßrechtslehre vom Code de procédure civile (1806) bis zum beginnenden 20. Jahrhundert*. Mohr Siebeck, Tübingen
- Farcy JC (2001) *L'histoire de la justice française de la Révolution à nos jours. Trois décennies de recherches*. Presses universitaires de France, Paris
- Ferrand J (2007) *'Sur les différends pendants par devant la cour de parlement ...'*. Approche herméneutique de l'arbitrage moderne à partir des sources dauphinoises. *Revue historique de droit français et étranger* 85:23–58
- Ferrand J (2009) *Entre volontarisme législatif et jurisprudence réactionnaire. Les vicissitudes de l'arbitrage dans la France moderne (xvi^e–xviii^e siècle)*. *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 77:103–155
- Fisher R, Ury WL (1981) *Getting to Yes. Negotiating Agreement Without Giving In*. Penguin Group, Boston = Fisher R, Ury WL, Brahem L [Übersetzer] (1982) *Comment réussir une négociation*. Seuil, Paris
- Fortunet F (2000) *Le tribunal de famille. Secrets de famille, famille au secret*. In: Royer JP, Durand B (Hrsg) *Secret et justice. Le secret entre éthique et technique ? L'espace juridique*, Lille, S 177–184
- Fowler-Magerl (1984) *Ordo iudiciorum vel ordo iudicarius*. Klostermann, Frankfurt am Main
- Fowler-Magerl (1994) *„Ordines iudicarii“ and „Libelli de ordine iudiciorum“ (from the middle of the twelfth to the end of the fifteenth century)*. Brepols, Turnhout
- Frêlon É (2011) *Le Parlement de Bordeaux et la „loi“ (1451–1547)*. De Boccard, Paris
- Garnot B (Hrsg) (1996) *L'infrajudiciaire du Moyen Âge à l'époque contemporaine*. Éditions universitaires de Dijon, Dijon
- Garnot B (2001) *Justice, infrajustice, parajustice et extrajustice dans la France moderne*. *Crime, Histoire & Sociétés* 4:103–121
- Garnot B (Hrsg) (2007) *Normes juridiques et pratiques judiciaires du Moyen Âge à l'époque contemporaine*. Éditions universitaires de Dijon, Dijon

- Garnot B (2009) Histoire de la justice. France, XVI^e–XXI^e siècle. Gallimard, Paris
- Garnot B, Lemesle B (Hrsg) (2012) Autour de la sentence judiciaire du Moyen Âge à l'époque contemporaine. Éditions universitaires de Dijon, Dijon
- Garnot B, Lemesle B (Hrsg) (2014) La justice entre droit et conscience du XVI^e au XVIII^e siècle. Éditions universitaires de Dijon, Dijon
- Gauvard C (2007) Droit et pratiques judiciaires dans les villes du Nord du royaume de France à la fin du Moyen Âge. L'enseignement des sources. In: Chiffolleau J, Gauvard C, Zorzi A (Hrsg) Pratiques sociales et politiques judiciaires dans les villes de l'Occident à la fin du Moyen Âge. École française de Rome, Rome, S 33–79
- Gaven JC, Krynen J (Hrsg) (2012) Les désunions de la magistrature (XIX^e–XX^e siècles). Presses de l'Université Toulouse I Capitole, Toulouse
- Gazzaniga J-L (1989) Les avocats pendant la période révolutionnaire. In: Badinter R (Hrsg) Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française. Fayard, Paris, S 363–380 = „Défendre par la parole et par l'écrit“. Études d'histoire de la profession d'avocat. Presses de l'Université des sciences sociales de Toulouse, Toulouse, S 207–219
- Gazzaniga J-L (2004) „Défendre par la parole et par l'écrit“. Études d'histoire de la profession d'avocat. Presses de l'Université des sciences sociales de Toulouse, Toulouse
- Geary P (1986) Vivre en conflit dans une France sans État. Typologie des mécanismes de règlement des conflits (1050–1200). Ann ESC 5:1107–1133
- Giordanengo G (Hrsg) (2000) Droits et pouvoirs. Cahiers de recherches médiévales 7
- Godin X (2006) Les enjeux politiques de l'*Ordonnance civile* (1667). In: Hoareau-Dodinau J, Métairie G, Texier P (Hrsg) Procéder. Pas d'action, pas de droit ou pas de droit, pas d'action ? Presses universitaires de Limoges, Limoges, S 155–173
- Godin X (2007) Les antécédents du code de 1806. L'ordonnance de 1667 et l'œuvre des jurisconsultes. In: Hautebert J, Soleil S (Hrsg) Modèles français, enjeux politiques et élaboration des grands textes de procédure en Europe, Bd 1. Éditions Juridiques et Techniques, Paris, S 9–31
- Godin X (2010) La procédure de cassation au XVIII^e siècle. Histoire, Économie & Société 3:19–36
- Godin X (2011) Ordonnance civile de 1667. In: Hautebert J, Soleil S (Hrsg) La procédure et la construction de l'État en Europe (XVI^e–XIX^e siècle). Recueil de textes, présentés et commentés. Presses universitaires de Rennes, Rennes, S 47–67
- Gouron A (1996) Jurisprudence de la Cour de cassation et arrêts de règlement. In: Gouron A (Hrsg) Europäische und Amerikanische Richterbilder. Klostermann, Frankfurt am Main, S 53–82
- Guido A (1993) La circulation des modèles de résolution extrajudiciaire des conflits. Revue internationale de droit comparé 45:755–782
- Gulliver PH (1979) Disputes and negotiations. A cross-cultural perspective. Academic Press, New York
- Guyon G (2009) Justice de Dieu, justice des hommes. Dominique Martin Morin, Bouère
- Halpérin JL (1987) Le Tribunal de cassation et les pouvoirs sous la Révolution (1789–1799). Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris
- Halpérin JL (1988) Les décrets d'annulation des jugements sous la Convention. In: Vovelle M (Hrsg) La Révolution et l'ordre juridique privé. Rationalité ou scandale ? Bd 2. Presses universitaires de France, Paris, S 457–468
- Halpérin JL (1989a) La composition des tribunaux de famille sous la Révolution ou „les juristes, comment s'en débarrasser ?“. In: Théry I, Biet C (Hrsg) La Famille, la Loi, l'État de la Révolution au Code civil. Centre Georges Pompidou/Imprimerie nationale, Paris, S 292–304
- Halpérin JL (1989b) Le Tribunal de cassation et la naissance de la jurisprudence moderne. In: Badinter R (Hrsg) Une autre Justice. Fayard, Paris, S 225–241
- Halpérin JL (1990) Le Tribunal de cassation sous la Révolution (1790–1799). In: Association des magistrats et anciens magistrats (Hrsg) Le Tribunal et la Cour de cassation, 1790–1990. Volume jubilaire. Litec, Paris, S 25–51
- Halpérin JL (1993) Haro sur les hommes de loi. Droits. Revue française de théorie juridique 17:54–65

- Halpérin JL (1996a) Le juge et le jugement en France à l'époque révolutionnaire. In: Jacob R (Hrsg) *Le juge et le jugement dans les traditions juridiques européennes. Études d'histoire comparée*. Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris, S 257–271
- Halpérin JL (1996b) 1789–1815. Un quart de siècle décisif pour les relations entre la Justice et le Pouvoir en France. *Justices. Revue générale de droit processuel* 3:13–23
- Halpérin JL (Hrsg) (1996c) *Avocats et notaires en Europe. Les professions judiciaires et juridiques dans l'Europe contemporaine*. Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris
- Halpérin JL (1997) Droit de défense et droit des défenseurs en France de 1789 à 1914. L'assistance dans la résolution des conflits. *Recueils de la Société Jean Bodin pour l'histoire comparative des institutions* 64(3):99–122
- Halpérin JL (1999) Continuité et rupture dans l'évolution de la procédure pénale en France de 1795 à 1819. In: Rousseaux X, Dupont-Bouchat MS, Vael C (Hrsg) *Révolutions et justice pénale en Europe. Modèles français et traditions nationales, 1780–1830*. L'Harmattan, Paris, S 109–130
- Halpérin JL (2004) La visualisation des différentes procédures en Europe, XVIII^e–XX^e siècle. *Société et Représentations* 18:63–73
- Halpérin JL (2005) Codificación del derecho e interpretación judicial. De la experiencia francesa a la teoría del derecho. In: Martinic Galetovic MD, Tapia Rodríguez M (Hrsg) *Sesquicentenario del Código civil de Andrés Bello. Pasado, presente y futuro de la codificación*, Bd 1. Facultad de Derecho de la Universidad de Chile/LexisNexis, Santiago, S 319–330
- Halpérin JL (2006a) Le Code de procédure civile de 1806. Un code de praticiens ? In: Cadiet L, Canivet G (Hrsg) *1806–1976–2006. De la commémoration d'un code à l'autre. 200 ans de procédure civile en France*. Litec, Paris, S 23–34
- Halpérin JL (2006b) The court of cassation in nineteenth-century France and the binding effect of *„Rationes Decidendi“*. In: Bryson WH, Dauchy S (Hrsg) *Ratio decidendi*. Guiding principles of judicial decisions, Bd 1: case law. Duncker & Humblot, Berlin, S 191–201
- Halpérin JL (2009) La preuve judiciaire et la liberté du juge. *Communications* 84:21–32
- Halpérin JL (2015) Les styles judiciaires, des traditions nationales ? *Droit et Société* 91:491–504
- Halpérin JL (2017a) Le Tribunal révolutionnaire. justice et injustices sous la Révolution. *Histoire de la Justice* 27:39–54
- Halpérin JL (2017b) L'indépendance des tribunaux. Un vain mot pour Napoléon. In: Lentz T (Hrsg) *Napoléon et le droit*. CNRS, Paris, S 143–153
- Hamscher AN (1987) The Conseil Privé and the parlements in the age of Louis XIV. A study in French absolutism. Am Philos Soc, Philadelphia
- Hartmann W (Hrsg) (2016) *The history of courts and procedure in medieval canon law*. The Catholic University of America Press, Washington, DC
- Hautebert J, Soleil S (Hrsg) (2007–2008) *Modèles français, enjeux politiques et élaboration des grands textes de procédure en Europe, 2 Bände*: Bd 1: Le Code de 1806 et la procédure civile en Europe. Les décrets de 1806 et la procédure du contentieux administratif en Europe, Bd 2: Le Code de 1808 et la procédure criminelle en Europe. Législation procédurale et enjeux politiques. Éditions Juridiques et Techniques, Paris
- Hautebert J, Soleil S (Hrsg) (2011) *La procédure et la construction de l'État en Europe (XVI^e–XIX^e siècle)*. Recueil de textes, présentés et commentés. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Hilaire J (1989) La Révolution et les juridictions consulaires. In: Badinter R (Hrsg) *Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française*. Fayard, Paris, S 243–266
- Hilaire J (1991) Jugement et jurisprudence. *Archives de philosophie du droit* 39:181–190
- Hilaire J (1992a) La procédure civile et l'influence de l'État autour de l'appel. In: Krynen J, Rigaudière A (Hrsg) *Droits savants et pratiques françaises du pouvoir (XI^e–XV^e siècles)*. Presses universitaires de Bordeaux, Talence, S 151–160
- Hilaire J (1992b) *Le Roi et Nous*. Procédure et genèse de l'État aux XIII^e et XIV^e siècles. *Histoire de la Justice* 5:3–18
- Hilaire J (1994) *Histoire des institutions judiciaires*. Litec, Paris

- Hilaire J (1996a) Enquêteur et débattre. La décision judiciaire au parlement de Paris. In: Jacob R (Hrsg) *Le juge et le jugement dans les traditions juridiques européennes. Études d'histoire comparée*. Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris, S 107–116
- Hilaire J (1996b) Un peu d'histoire [Justice et double degré de juridiction]. *Justices. Revue générale de droit processuel* 4:9–16
- Hilaire J (1996c) Supplier le roi. Les voies de recours extraordinaires aux XIII^e et XIV^e siècles. *Revue historique de droit français et étranger* 74:73–81
- Hilaire J (1998) Grandeur ou servitude de la justice consulaire. La controverse de l'équité. *Histoire de la Justice* 11:61–77 = *Justices. Revue générale de droit processuel* 9:39–52
- Hilaire J (1999a) Les rapports entre le politique et le judiciaire. Réflexions historiques sur la nature de la Justice. In: Maier E, Rochat A, Tappy D (Hrsg) *À cheval entre histoire et droit. Hommage à Jean-François Poudret*. Bibliothèque historique vaudoise, Lausanne, S 369–378
- Hilaire J (1999b) L'influence du modèle judiciaire français en Europe sous la Révolution et l'Empire. Un cliché en question. In: Centre d'histoire judiciaire Lille (Hrsg) *Influence du modèle judiciaire français en Europe sous la Révolution et l'Empire. L'espace juridique*, Lille, S 1–7
- Hilaire J (2000) L'arbitrage dans la période moderne (XVI^e-XVIII^e siècles). *Revue de l'arbitrage*, 2:187–226
- Hilaire J (2003) La grâce et l'État de droit dans la procédure civile (1250-1350). In: Millet H (Hrsg) *Suppliques et requêtes. Le gouvernement par la grâce en Occident (XI^e-XV^e siècle)*. École française de Rome, Rome, S 357–369
- Hilaire J (2006a) Propos sur l'office du juge. In: Constable G, Rouche M (Hrsg) *Auctoritas. Mélanges offerts au professeur Olivier Guillot*. Presses de l'Université Paris-Sorbonne, Paris, S 779–801
- Hilaire J (2006b) ‚*Ratio decidendi*‘ au Parlement de Paris d'après les registres d'Olim (1254–1318). In: Bryson WH, Dauchy S (Hrsg) *‚Ratio decidendi‘. Guiding principles of judicial decisions*, Bd 1: case law. Duncker & Humblot, Berlin, S 25–53
- Hilaire J (2007) Perspectives historiques de la juridiction commerciale. In: Association française pour l'histoire de la justice (Hrsg) *Les tribunaux de commerce. Genèse et enjeu d'une institution*. La Documentation française, Paris, S 9–16
- Hilaire J (2008) La procédure comme instrument au service de la montée en puissance de la souveraineté (XIII^e-XIV^e siècle). In: Hautebert J, Soleil S (Hrsg) *Modèles français, enjeux politiques et élaboration des grands textes de procédure en Europe*, Bd 2. Éditions Juridiques et Techniques, Paris, S 153–170
- Hilaire J (2011a) La construction de l'État de droit dans les archives judiciaires de la cour de France au XIII^e siècle. Dalloz, Paris
- Hilaire J (2011b) Les compétences des juridictions consulaires avant le Code de commerce de 1807. *Procédures* 4:10–13
- Hilaire J, Turlan J, Villey M (1976) Les mots et la vie. La „pratique“ depuis la fin du Moyen Âge. In: Yver J (Hrsg) *Droit privé et institutions régionales. Études historiques offertes à Jean Yver*. Presses universitaires de France, Paris, S 369–387
- Hildesheimer F, Morgat-Bonnet M (2018) *Le Parlement de Paris. Histoire d'un grand corps de l'État monarchique, XIII^e-XVIII^e siècle*. Champion, Paris. Histoire et archives 16 (Sonderheft)
- Hoareau-Dodinau J, Texier P (Hrsg) (2003) *Résolution des conflits. Jalons pour une anthropologie historique du droit*. Presses universitaires de Limoges, Limoges
- Hoareau-Dodinau J, Métairie G, Texier P (Hrsg) (2006) *Procéder. Pas d'action, pas de droit ou pas de droit, pas d'action ?* Presses universitaires de Limoges, Limoges
- Hoareau-Dodinau J, Texier P (Hrsg) (2000) *Pouvoir, Justice et Société*. Presses universitaires de Limoges, Limoges
- Houllemare M (2011) *Politiques de la parole. Le parlement de Paris au XVI^e siècle*. Droz, Genève
- Houllemare M, Roussel D (Hrsg) (2015) *Les justices locales et les justiciables. La proximité judiciaire en France du Moyen Âge à l'époque moderne*. Presses universitaires de Rennes, Rennes

- Ikni GR (1988) La loi du dix juin 1793 et la sentence arbitrale. Une procédure d'expropriation révolutionnaire ? In: Vovelle M (Hrsg) *La Révolution et l'ordre juridique privé. Rationalité ou scandale ?* Bd 2. Presses universitaires de France, Paris, S 417–427
- Jacob R (Hrsg) (1996) *Le juge et le jugement dans les traditions juridiques européennes. Études d'histoire comparée*, Paris
- Jacob R (2014) *La grâce des juges. L'institution judiciaire et le sacré en Occident*. Presses universitaires de France, Paris
- Jallamion C (2005) Arbitrage et pouvoir politique en France du xvii^e au xix^e siècle. *Revue de l'arbitrage* 1:3–62
- Jallamion C (2007) Arbitrage forcé et justice d'État pendant la Révolution française d'après l'exemple de Montpellier. *Annales historiques de la Révolution française* 350:69–85
- Jallamion C (2009) Tradition et modernité de l'arbitrage et de la médiation au regard de l'histoire. *Gazette du Palais. Recueil* 17: 73–81
- Jallamion C, Clay T (2014) Justice publique et arbitrage. Hier et aujourd'hui. In: Cadiet L, Dauchy S, Halpérin JL (Hrsg) *Itinéraires d'histoire de la procédure civile*. Bd. 1.: Regards français. Institut de recherche juridique de la Sorbonne, Paris, S 177–221
- Jeanclos Y (1999) La pratique de l'arbitrage du xii^e au xv^e siècle. *Éléments d'analyse. Revue de l'arbitrage* 3:417–473
- Karpik L (1995) *Les Avocats. Entre l'État, le public et le marché, xiii^e-xx^e siècle*. Gallimard, Paris
- Kerneis S (2012) Le droit à l'épreuve de l'anthropologie historique. Le cas des modes alternatifs de résolution des conflits. *Clio@Themis. Revue électronique d'histoire du droit* 5
- Kranjc J (Hrsg) (2016) *Le juge dans l'histoire. Entre création et interprétation du droit*. *Pravnik* 133
- Krynen J (Hrsg) (1999) *L'élection des juges. Étude historique française et contemporaine*. Presses universitaires de France, Paris
- Krynen J (2009–2012) *L'État de justice. France, xiii^e-xx^e siècle*, Bd 1: L'idéologie de la magistrature ancienne, Bd 2: L'emprise contemporaine des juges. Gallimard, Paris
- Krynen J, Gaven JC (Hrsg) (2012) *Les désunions de la magistrature (xix^e-xx^e siècle)*. Presses de l'Université de Toulouse 1 Capitole, Toulouse
- Krynen J, Raibaut J (Hrsg) (2004) *La légitimité des juges*. Presses de l'Université des sciences sociales de Toulouse, Toulouse
- Lafon JL (1973) L'arbitre près la juridiction consulaire de Paris au xviii^e siècle. *Revue historique de droit français et étranger* 51:217–270
- Lafon JL (2001) *La Révolution française face au système judiciaire d'Ancien Régime*. Droz, Genève
- Lebigre A (1989) 1789. La justice dans tous ses états. In: Badinter R (Hrsg) *Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française*. Fayard, Paris, S 39–55
- Lebigre A (1995) *La Justice du Roi. La vie judiciaire dans l'ancienne France*. Complexe, Paris
- Lebigre A (1996) Juger dans la France moderne. In: Jacob R (Hrsg) *Le juge et le jugement dans les traditions juridiques européennes. Études d'histoire comparée*. Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris, S 155–165
- Lefebvre C (1953) *L'officium iudicis* d'après les canonistes du Moyen Âge. *L'Année canonique* 2:115–124
- Lefebvre-Teillard A (2006) L'arbitrage en droit canonique. *Revue de l'arbitrage* 1:5–34
- Lefebvre-Teillard A (2008) *„Arbiter, arbitrator seu amicabile compositor“*. In: Vernier O, Bottin M, Ortolani M (Hrsg) *Études d'histoire du droit privé en souvenir de Maryse Carlin. La Mémoire du Droit*, Paris. S 551–565 = *Revue de l'arbitrage* 3:369–387
- Lefebvre-Teillard A (2009) L'arbitrage de l'histoire. *Archives de philosophie du droit* 52:1–14
- Lefebvre-Teillard A (2011) Justice publique, justice privée. Les origines canoniques de quelques grands traits caractéristiques de l'arbitrage moderne. In: Roumy F, Schmoeckel M, Condorelli O (Hrsg) *Der Einfluss der Kanonistik auf die europäische Rechtskultur*, Bd 2. Böhlau, Köln/Weimar/Wien, S 133–154
- Lefebvre-Teillard A (2012) Gloses parisiennes autour de l'appel *a gravamine*. In: Berkvens L, Hallebeek J, Martyn G, Nève P (Hrsg) *„Recto ordine procedit magister“*. Liber amicorum E.C. Coppens. Koninklijke Vlaamse Academie van België voor Wetenschappen en Kunsten, Brussel, S 209–220

- Lefebvre-Teillard A (2014) L'appel *a gravamine*. In: Mausen Y, Condorelli O, Roumy F, Schmoekel M (Hrsg) Der Einfluss der Kanonistik auf die europäische Rechtskultur, Bd 4. Böhlau, Köln/Weimar/Wien, S 285–306
- Lemaire E (2010) Grande robe et liberté. La magistrature ancienne et les institutions libérales. Presses universitaires de France, Paris
- Lemesle B (Hrsg) 2003 La preuve en justice de l'Antiquité à nos jours. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Lemosse M (1990) La Cour de cassation au dix-neuvième siècle. In: Association des magistrats et anciens magistrats (Hrsg) Le tribunal et la Cour de cassation. Litec, Paris, S 53–70
- Léonnet J (1989) Une création de l'Assemblée constituante. La conciliation judiciaire. In: Badinter R (Hrsg) Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française. Fayard, Paris, S 267–281
- Leuwers H (2006) L'invention du barreau français, 1660–1830. La construction nationale d'un groupe professionnel. EHESS, Paris
- Leuwers H (Hrsg) (2010) Juges, avocats et notaires dans l'espace franco-belge. Expériences spécifiques ou partagées (xviii^e–xix^e siècles). Archives générales du Royaume, Bruxelles
- Leyte G (2010) Les évocations, entre régulation juridique et arbitrage politique. Histoire, économie & société 3:37–43
- Lorgnier J, Martinage R, Royer JP (Hrsg) (1993) Justice et République(s). ESTER, Hellemmes
- Martin FF (2009) Justice et Législation sous le règne de Louis XI. La norme juridique royale à la veille des Temps modernes. Fondation Varenne/Librairie générale de droit et de jurisprudence, Paris
- Mausen Y (2006) ‚*Veritatis adjutor*‘. La procédure du témoignage dans le droit savant et la pratique française (xii^e–xiv^e siècles). Giuffrè, Milano
- Mausen Y (2008) La logique de la preuve dans la littérature bartoliste. Quelques explications à partir de la *Summa circa testes et examinationem eorum* (Ms. Bruxelles, B.R. II 1442, fol. 101 ra–103 rb). Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis 76:249–271
- Mausen Y (2010) ‚*Pugio malignitatis*‘. Violence du procès et prudence de la procédure. In: Foronda F, Barralis C, Sère B (Hrsg) Violences souveraines au Moyen Âge. Travaux d'une école historique. Presses universitaires de France, Paris, S 9–17
- Mausen Y (2012) Le faux témoignage au prisme du contentieux civil. In: Descamps O, Hildesheimer F, Morgat-Bonnet M (Hrsg) Le Parlement en sa cour. Études en l'honneur du Professeur Jean Hilaire. Champion, Paris, S 377–391
- Métairie G (2004a) La justice de proximité. Une approche historique. Presses universitaires de France, Paris
- Métairie G (2004b) ‚Réprimer les écarts“ ou „éclaircir les différends“? La création par défaut du tribunal de famille (1789–1790). In: Deperchin A, Derasse N, Dubois B (Hrsg) Figures de justice. Études en l'honneur de Jean-Pierre Royer. Centre d'histoire judiciaire, Lille, S 493–502
- Méthy C (2000) Le juge entre prise à partie et récusation. Résistance et compromis dans l'ordonnance civile de 1667. In: Truche P (Hrsg) Juger les juges. Du Moyen Âge au Conseil supérieur de la magistrature. La Documentation française, Paris, S 91–103
- Michel S (2016) Procéder devant la Cour souveraine de Flandre au xvii^e siècle. L'affaire *Péris* contre *Vareennes*. Revue historique de droit français et étranger 94:549–567
- Michon C (2011) Conseils et conseillers sous François I^{er}. In: Michon C (Hrsg) Les Conseillers de François I^{er}. Presses universitaires de Rennes, Rennes, S 11–86
- Miersch M (2000) Der sogenannte référé législatif. Eine Untersuchung zum Verhältnis Gesetzgeber, Gesetz und Richteramt seit dem 18 Jahrhundert. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- Monier JC (1989) Note sur les caractères de la procédure civile dans la période 1789–1804. In: Théry I, Biet C (Hrsg) (1989) La Famille, la Loi, l'État de la Révolution au Code civil. Centre Georges Pompidou/Imprimerie nationale, Paris, S 305–311
- Morigiwa Y, Stolleis M, Halpérin JL (Hrsg) (2011) Interpretation of law in the age of enlightenment. From the rule of the king to the rule of law. Springer, Dordrecht

- Morre SF (1978) *Law as process. An anthropological approach*. Routledge & Kegan Paul, London
- Motulsky H (1964) *Le droit subjectif et l'action en justice*. *Archives de philosophie du droit* 9:215–230 = *Écrits*, Bd 1 (1973): *Études et notes de procédure civile*. Dalloz, Paris (Neuauf-lage 2009)
- Müßig U (2014) *La compétence judiciaire dans le droit canonique médiéval. Le juge savant et la complémentarité de la justice procédurale et matérielle*. *Revue historique de droit français et étranger* 92:517–539
- Naegle G (2002) *Stadt, Recht und Krone. Französische Städte, Königtum und Parlament im späten Mittelalter*. Matthiesen, Husum
- Autorenkollektiv (2010) *L'histoire du contrôle de constitutionnalité*. *Cahiers du Conseil constitutionnel* 28
- Ost F (1983) *Juge-pacificateur, juge-arbitre, juge-entraîneur. Trois modèles de justice*. In: Gérard P, Kerchove M van de, Ost F (Hrsg) *Fonction de juger et pouvoir judiciaire. Transformations et déplacements*. *Facultés universitaires Saint-Louis, Bruxelles*, S 1–70
- Ost F (2007) *Dire le droit, faire justice*. Bruylant, Bruxelles
- Ost F, Kerchove M van de (1989) „*Juris-dictio*“ et définition du droit. *Droits. Revue française de théorie juridique* 10:53–57
- Ourliac P (1981) *L'office du juge dans le droit canonique classique*. In: *Université des Sciences Sociales de Toulouse (Hrsg) Mélanges offerts à Pierre Hébraud*. *Université des sciences sociales de Toulouse, Toulouse*, S 627–644
- Ourliac P (1989) *La puissance de juger. Le poids de l'histoire*. *Droits. Revue française de théorie juridique* 9:21–32
- Padoa-Schioppa A (Hrsg) (2000) *Justice et législation*. Presses universitaires de France, Paris
- Payen P (1997) *Les arrêts de règlement du Parlement de Paris au XVIII^e siècle. Dimension et doctrine*. Presses universitaires de France, Paris
- Payen P (1999) *Physiologie de l'arrêt de règlement du Parlement de Paris au XVIII^e siècle*. Presses universitaires de France, Paris
- Pene Vidari G (1998) *Les tribunaux de commerce en France et en Italie aux XVIII^e et XIX^e siècles*. In: Bouineau J et al (Hrsg) *Hommage à Romuald Szymkiewicz*. Litec, Paris, S 403–423
- Péralba S (2006) *Autour du Stilus de Guillaume Dubreuil (vers 1313). Étude des caractères du droit processuel au Parlement*. Presses universitaires de la Faculté de droit de Clermont-Ferrand/Librairie générale de droit et de jurisprudence, Clermont-Ferrand
- Petit JG (2002) *La justice en France, 1739–1939. Une étatisation modèle ? Crime, Histoire & Sociétés* 6:85
- Petit JG (Hrsg) (2003) *Une justice de proximité, la justice de paix (1790–1958)*. Presses universitaires de France, Paris
- Piant H (2007) *Des procès innombrables. Éléments méthodologiques pour une histoire de la justice civile d'Ancien Régime*. *Histoire & Mesure* 22:13–38
- Picardi N (1987) *Les racines historiques et logiques du Code de procédure civile*. *L'Educazione giuridica* 5:241–255
- Picardi N (1996) *Introduzione*. In: Picardi N, Giuliani A (Hrsg) *Code Louis*. Giuffrè, Milano, Bd 1: *Ordonnance civile, 1667*, S VII–LII
- Picardi N (2006) *Les racines historiques et logiques du Code de procédure civile*. In: Cadiet L, Canivet G (Hrsg) *1806–1976–2006. De la commémoration d'un code à l'autre. 200 ans de procédure civile en France*. Litec, Paris, 241–255
- Picardi N (2007) *La giurisdizione all'alba del terzo millennio*. Giuffrè, Milano
- Pillet S (2007) *Les racines médiévales du principe de célérité en procédure civile*. In: Hautebert J, Soleil S (Hrsg) *Modèles français, enjeux politiques et élaboration des grands textes de procédure en Europe*. Bd 1. *Éditions Juridiques et Techniques*, Paris, S 127–151
- Pithou F (2003) *Justice, morale et politique à la fin du XVII^e siècle*. *Histoire, Économie & Société*, 4:537–554
- Poncet O, Storez-Brancourt I (Hrsg) (2009) *Une histoire de la mémoire judiciaire de l'Antiquité à nos jours*. *École nationale des chartes*, Paris

- Poumarède J (2012) La conciliation, la mal-aimée des juges. In: Gaven JC, Krynen J (Hrsg) Les désunions de la magistrature (xix^e–xx^e siècles). Presses de l'Université Toulouse 1 Capitole, Toulouse, S 231–247
- Poumarède J, Thomas J (Hrsg) (1996) Les Parlements de Province. Pouvoirs, justice et société du xv^e au xviii^e siècle. Framespa, Toulouse
- Pugliese G (1969) Giudicato civile (storia). Giudicato civile (dir. vig.). In: Calasso F (Hrsg) Enciclopedia del Diritto. Giuffrè, Milano, Bd 18, S 727–785, 785–893 = Scritti giuridici scelti, Bd 2 (1985), Jovene, Napoli
- Quaglioni D, Couzinet MD [Übersetzerin] (2003) À une déesse inconnue. La conception pré-moderne de la justice. Publications de la Sorbonne, Paris
- Renoux-Zagamé MF (1999) Répondre de l'obéissance. La conscience du juge dans la doctrine judiciaire à l'aube des Temps modernes In: Carbasse JM, Depambour-Tarride L (Hrsg) La conscience du juge dans la tradition juridique européenne. Presses universitaires de France, Paris, S 155–193
- Renoux-Zagamé MF (2002) De la parole de Dieu à la parole de la justice. L'éloquence judiciaire selon les juges monarchiques. Droits. Revue française de théorie, de philosophie et de culture juridiques 36:3–19
- Renoux-Zagamé MF (2003) Du droit de Dieu au droit de l'homme. Presses universitaires de France, Paris
- Renoux-Zagamé MF (2004) La figure du juge chez Domat. Droits. Revue française de théorie, de philosophie et de culture juridiques 39:35–51
- Renoux-Zagamé MF (2011) La notion juridique de civilité. Éléments pour une autre histoire. Annuaire de l'Institut Michel Villey 3:17–35
- van Rhee CH (Hrsg) (2005) European traditions in civil procedure. Intersentia, Antwerpen/Oxford
- van Rhee CH, Heibaut D, Storme M (Hrsg) (2008) The French code of civil procedure (1806) after 200 years. The civil procedure tradition in France and abroad. Kluwer, Ghent
- Roumy F (2003) Le développement du système de l'avocat commis d'office dans la procédure romano-canonique (xii^e–xiv^e siècle). Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis 71:359–386
- Roumy F (2012a) Les origines pénales et canoniques de l'idée moderne d'ordre judiciaire. In: Schmoeckel M, Condorelli O, Roumy F (Hrsg) Der Einfluss der Kanonistik auf die europäische Rechtskultur, Bd 3. Böhlau, Köln/Weimar/Wien, S 313–349
- Roumy F (2012b) Les règles canoniques relatives à la profession d'avocat en France au xiii^e siècle. In: Berkvens L, Hallebeek J, Martyn G, Nève P (Hrsg) ‚*Recto ordine procedit magister*‘. Liber amicorum E.C. Coppens. Koninklijke Vlaamse Academie van België voor Wetenschappen en Kunsten, Brussel, S 259–286
- Roumy F (2014) ‚*Silentium perpetuum et absolutio ab impetitione*‘. L'expression de la sentence définitive et de la requête irrecevable dans la procédure canonique des xii^e et xiii^e siècles. Bull Medieval Canon Law 31:125–145
- Rousseaux X (2007) Politiques judiciaires et résolution des conflits dans les villes de l'Occident à la fin du Moyen Âge. Quelques hypothèses de recherche. In: Chiffolleau J, Gauvard C, Zorzi A (Hrsg) Pratiques sociales et politiques judiciaires dans les villes de l'Occident à la fin du Moyen Âge. École française de Rome, Rome, S 497–526
- Rousselet-Pimont A (2005) Le chancelier et la loi au xvi^e siècle d'après l'œuvre d'Antoine Duprat, de Guillaume Poyet et de Michel de L'Hospital. De Boccard, Paris
- Royer JP (1979) La société judiciaire depuis le xviii^e siècle. Presses universitaires de France, Paris
- Royer JP (1989) Les innovations des constituants en matière de justice civile ou la „Cité idéale“. In: Badinter R (Hrsg) Une autre Justice. Contributions à l'histoire de la justice sous la Révolution française. Fayard, Paris, S 57–69
- Royer J-P, Martinage R (Hrsg) (1999) Influence du modèle judiciaire français en Europe sous la Révolution et l'Empire. L'espace juridique, Lille
- Royer JP, Derasse N, Allinne JP, Durand B, Jean JP (2016) Histoire de la justice en France du xviii^e siècle à nos jours, 5. Aufl Presses universitaires de France, Paris

- Salles D (2014) Endoscopie d'un privilège. Le *committimus* dans l'ancien droit. *Revue historique de droit français et étranger* 92:357–410
- Schnapper B (1991) Voies nouvelles en histoire du droit. La justice, la famille, la répression pénale (xvi^e–xx^e siècles). Presses universitaires de France, Paris
- Schulze R (Hrsg) (2006) Symbolische Kommunikation vor Gericht in der Frühen Neuzeit. Duncker & Humblot, Berlin
- Segala de Carbonnières S (2010) Un des premiers traités en langue française sur l'arbitrage. le *Commentaire sur l'édit des arbitres* composé par J. Pierres, lieutenant du roi en la sénéchaussée de La Rochelle (1564). In: Burgaud E, Delbrel Y, Hakim N (Hrsg) Histoire, théorie et pratique du droit. Études offertes à Michel Vidal. Presses universitaires de Bordeaux, Pessac, S 957–987
- Société des historiens médiévistes de l'enseignement supérieur public (2001) Le règlement des conflits au Moyen Âge. Presses de l'Université de Paris-Sorbonne, Paris
- Soleil S (2006) Administration, justice, justice administrative avant 1789. Retour sur trente ans de recherches. In: Bigot G, Bouvet M (Hrsg) Regards sur l'histoire de la justice administrative. Litec, Paris, S 3–30
- Solimano S (1999) Alle origini del Code de procédure civile del 1806. Il progetto Pigeau. Prime note. *Studi di storia del diritto II*. Giuffrè, Milano, S 729–772
- Soman A (1982) L'infra-justice à Paris d'après les archives notariales. *Histoire, Économie & Société* 2:369–375
- Soula L (Hrsg) (2016) Les cours d'appel. Origines, histoire et enjeux contemporains. Presses universitaires de Rennes, Rennes
- Stein P (1982) Safety in Numbers. Sharing of Responsibility for Judicial Decision in Early Modern Europe. In: Società italiana di storia del diritto (Hrsg) *Diritto e potere nella storia europea*. Atti in onore di Bruno Paradisi, Bd 1. L.S. Olschki, Firenze, S 271–283
- Stein P (1993) Donellus and the origins of the modern civil law. In: Wubbe FBJ, Ankum JA, Cannata CA, Feenstra R, Le Roy Y (Hrsg) *Mélanges Felix Wubbe offerts par ses collègues et ses amis à l'occasion de son soixante-dixième anniversaire*. Éditions universitaires de Fribourg, Fribourg, S 439–452
- Stein P (1994) Donellus and procedure. *L'Educazione giuridica* 6:75–80
- Stickler AM (1994) Ordines iudicarij. *L'Educazione giuridica* 6(2):3–19
- Stolleis M, Simon T (Hrsg) (2006) *Juristische Zeitschriften in Europa*. Klostermann, Frankfurt am Main
- Szramkiewicz R (1995) Les tribunaux de commerce. Une longue histoire dans la justice économique. *Justices. Revue générale de droit processuel* 1:7–14
- Thireau JL (1999) Le bon juge chez les juristes français du xv^e siècle. In: Carbasse JM, Depambour-Tarride L (Hrsg) *La conscience du juge dans la tradition juridique européenne*. Presses universitaires de France, Paris, S 131–153
- Thireau JL (2008) Les objectifs de la législation procédurale en France (fin xv^e–xvi^e siècle). In: Hautebert J, Soleil S (Hrsg) *Modèles français, enjeux politiques et élaboration des grands textes de procédure en Europe*, Bd 2. Éditions Juridiques et Techniques, Paris, S 195–211
- Uzelac A, van Rhee CH (Hrsg) (2007) *Public and Private Justice. Dispute Resolution in Modern Societies*. Intersentia, Antwerpen/Oxford
- Van Caenegem RC (1995) Le jugement sous l'angle historico-comparatif. *Archives de philosophie du droit* 39:125–137
- Verpeaux M (1989) La notion révolutionnaire de juridiction. *Droits. Revue française de théorie, de philosophie et de culture juridiques* 9:33–44
- Weidenfeld K (2001) Les origines médiévales du contentieux administratif (xiv^e–xv^e siècles). De Boccard, Paris
- Wenzel É (Hrsg) (2010) *Justice et religion. Regards croisés. Histoire et droit*. Éditions universitaires d'Avignon, Avignon
- White SD (1978) *'Pactum ... Legem Vincit et Amor Judicium'*. The settlement of disputes by compromise in eleventh-century western France. *Am J Legal Hist* 22:281–308

- White SD (1995) Proposing the Ordeal and avoiding It. Strategy and power in western French litigation, 1050–1110. In: Bisson TN (Hrsg) *Cultures of power. Lordship, status, and process in twelfth-century Europe*. University of Pennsylvania Press, Philadelphia, S 89–123
- Wijffels A (1988) L'influence de la doctrine sur l'argumentation judiciaire aux Temps Modernes. In: Wijffels A (Hrsg) *Miscellanea Consilii Magni. Essays on the history of forensic Practice*, Bd 3, Werkgroep Grote Raad van Mechelen, Amsterdam, S 145–159
- Wijffels A (2005) La procédure romano-canonique. un algorithme médiéval ? In: Tock BM (Hrsg) „In principio erat verbum“. *Mélanges offerts en hommage à Paul Tombeur par des anciens étudiants à l'occasion de son éméritat*. Brepols, Turnhout, S 432–465